

# Fight G20



Broschüre gegen G20 und für den Aufbau von Gegenmacht





Ski mask and track suit  
You know we're the angry youth  
We're back on a track to attack  
We're brother & sisterhood

Moscow Death Brigade

# INHALTSVERZEICHNIS

|                        |   |
|------------------------|---|
| 6                      | Aufruf  |
| 7                      | G20 im historischen Kontext                       |
| I Ihre Welt            |   |
| 10                     | Was heißt und bedeutet eigentlich Kapitalismus?   |
| 11                     | Der Imperialismus Heute                           |
| 12                     | Krise, Krieg und Flucht haben System              |
| 14                     | G20 heißt urbane Aufstandsbekämpfung              |
| 15                     | Rassenhass zu Klassenhass                         |
| 17                     | Klima- und Naturzerstörung                        |
| II Unsere Kämpfe       |   |
| 22                     | Klassenverständnis und Klassenanalyse             |
| 23                     | Revolutionärer Antifaschismus                     |
| 25                     | Antimilitarismus - Die Bedeutung der G20          |
| 26                     | Frauenbefreiung                                   |
| III Unsere Perspektive |   |
| 30                     | Gegenmacht aufbauen!                              |
| 31                     | Ein langer Weg und schweres Gepäck                |
| 33                     | Rojava Tagebuch XI: Gebt keinen Euresgleichen auf |





# SO WIE ES IST, DARF ES NICHT BLEIBEN

Roter Aufbau Hamburg

Die Welt ist in einer katastrophalen Situation und auch die radikale Linke kommt nicht vom Fleck. In den letzten Jahren konnten nur die Rechtspopulisten im Westen von der Krise des Kapitalismus profitieren. Das Erstarken der europäischen Rechten beruht auch auf dem Fehler der radikalen Linken, sich in einer Szenepolitik zu verlieren und zur einer Subkultur zu verkommen. Es hat durch die ganzen Abwehrkämpfe gegen Rechts eine Entpolitisierung wichtiger Teile der radikalen Linken stattgefunden. Wichtige Säulen der radikalen Kritik am Bestehenden wurden eingerissen und hinterlassen wurde eine Linke ohne Profil. So wurde u.a. die soziale Frage und damit die konkrete Kapitalismuskritik vom Antifaschismus getrennt, übrig geblieben sind auf Einhörnern reitende Popantifas, welche Konfetti werfen als einen antifaschistischen Akt begreifen. Unsere Aufgabe muss also wieder darin bestehen, die radikale Kritik mit den konkreten Kämpfen zu verbinden und eine vermittelbare Praxis herzustellen, um die Herzen den Menschen zu gewinnen.

Außerdem ist die parlamentarische Linke europaweit gescheitert und hat mal wieder ihr Versprechen durch eine Stellvertreterpolitik die Lebensbedingungen spürbar zu verbessern gebrochen, dadurch hat sie den Rechten in die Hände gespielt, die sich nun als einzige wählbare Alternative verkaufen können. Die Geschichte auch der linken Sozialdemokratie besteht nur darin, Hoffnungen und Kämpfe zu kanalisieren und sie ins System zu integrieren. Wir sind davon überzeugt, dass diese Verhältnisse nur revolutionär überwunden und nicht abgewählt werden können. Während sich ein Teil der früheren radikalen Linken auf dem Weg gemacht hat u.a. mit Unterschichtenbashing die Seiten zu wechseln, wollen wieder andere den Kapitalismus als ein abstraktes subjektloses System verstehen und damit die einzelnen Verbrecher freisprechen. Uns ist klar, dass wir nur konkret kämp-

fen können, dabei ist uns aber auch klar, dass nicht ein Auswechseln der Kapitalisten uns von diesem System erlösen wird, wir müssen schon allen KapitalistInnen ihre gesellschaftliche Funktion entreißen. Doch dies geschieht nicht irgendwann am St. Niemerleinstag, sondern Stück für Stück in dem wir eine Gegenmacht aufbauen. Vor allem beginnt es darin, wenn wir anfangen die Probleme der Menschen unserer Klasse ernst zu nehmen und sie in den Fokus unserer täglichen Praxis zu setzen. Dies benötigt den Bruch mit der bisherigen Szenepolitik.

Wir verstehen uns als ein Teil einer weltweiten Bewegung der Unterdrückten und Ausgebeuteten, welche aufsteht und den Imperialismus entgegentritt. Internationale Solidarität heißt für uns nicht karitative Unterstützung, sondern das Verständnis, dass wir weltweit mit vielen Menschen auf der gleichen Seite der Barrikade stehen. Wenn die G20 in Hamburg zu ihrem Klassentreffen zusammenkommt, dann werden wir den Zeitpunkt nutzen und international unseren Widerstand formieren.

Wir sehen in den G20 Protesten die Möglichkeit uns zu vernetzen und diese Broschüre soll ein Beitrag dafür sein. Gemeinsam wollen wir revolutionäre, klassenkämpferische und internationalistische Positionen in die Proteste tragen. Zuerst gehen wir in der Broschüre darauf ein, in welcher Gesellschaft wir leben, dann welche Kämpfe wir dagegen führen und abschließend welche konkrete Perspektive unsere aktuellen Kämpfe haben. Viele unterschiedliche Gruppen haben diese Broschüre erstellt. Deswegen haben die Beiträge sprachlich wie auch inhaltlich unterschiedliche Ansprüche.

Wir verstehen die Broschüre nicht als abgeschlossenes Projekt, sondern viel mehr als ein Diskussionsangebot und laden alle ein, bei dem Diskussionsprozess teilzunehmen und mit uns gemeinsam in Aktion zu treten!

## Aktionen:

6.7. revolutionärer Block auf der Welcome to Hell Demo 19 Uhr Fischmark

7.7. Blockaden und direkte Aktionen gegen das Gipfeltreffen

7.7. Revolutionäre Demonstration von G20 entern! 20 Uhr Reeperbahn

8.7. revolutionärer Block auf der internationalen Bündnisdemonstration 13 Uhr Deichtorplatz (Hbf)

# FIGHT G20 - GEGENMACHT AUFBAUEN

Wir leben in einer Zeit von zunehmender Prekarisierung und Verarmung. Obwohl Produktivität und Reichtum im Kapitalismus stetig steigen, wächst die Anzahl der VerliererInnen. Zwar ging Deutschland gestärkt aus den letzten Krisen hervor, jedoch zählt dies nicht für den Großteil der Bevölkerung. Immer mehr Menschen werden in Billigjobs und befristete Beschäftigungsverhältnisse gezwungen und sollen dabei auch noch steigende Mieten zahlen. Die Zukunft für uns sieht alles andere als rosig aus. Anders sieht es für die GewinnerInnen der Krise aus: dem deutschen Kapital. Es hat die Kosten der Krise auf die europäischen Nachbarstaaten abgewälzt und ist dadurch gestärkt hervorgegangen. Besonders spürbar ist dies in Griechenland, dort haben sich die Lebensverhältnisse dramatisch verschlechtert, während massenhaft Kapital nach Deutschland abgeflossen ist.

Der Kapitalismus als herrschende Wirtschaftsordnung hat die nationalen Ökonomien und Kapitalistenklassen dieser Welt eng miteinander verflochten. Sie stehen in Konkurrenz zueinander, sind gleichzeitig aber auch aufeinander angewiesen. Die sogenannte Globalisierung hat dafür gesorgt, dass quasi alles auf der Welt miteinander in Verbindung steht und Entscheidungen, die auf einer Seite der Erde gefällt werden, immer auch Auswirkungen auf der anderen Seite haben. Die imperialistischen Großmächte und Großkonzerne sind bereits in alle Winkel dieser Welt vorgedrungen, es ist für sie deswegen immer schwieriger neue Märkte zu erschließen und den Profit weiter zu steigern. Als Folge dieser verschärften Konkurrenz verdichten sich die kapitalistischen Krisen, es wird zunehmend aggressiver um Marktanteile und Einfluss gekämpft. Außerdem findet eine höhere Konzentration auf dem Weltmarkt statt, die großen Kapitalfraktionen setzen sich gegenüber den kleineren durch. Zahlreiche, meist südliche, Länder werden durch Schulden, aber auch durch Investitionen in eine ausweglose Abhängigkeit gedrängt und müssen sich dem Diktat der Imperialisten unterordnen. Der Kapitalismus lässt in seinem imperialistischen Stadium immer mehr seine demokratische Maske fallen und nimmt im Weltmaßstab immer autoritärere Formen an. Dies lässt sich u.a. in der Türkei unter Erdogan oder in den USA unter Trump beobachten. All diese Bedingungen machen die Abstimmung und gemeinsame Entscheidungen zwischen den verschiedenen kapitalistischen Nationen und Institutionen immer wichtiger und als Folge haben sie Institutionen wie die G20 gegründet.

## Who the fuck is G20?

Die Gruppe der 20 (G20) ist ein seit 1999 bestehendes jährliches Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs der 19 stärksten „Industrie- und Schwellenländern“ sowie der Europäischen Union. Außerdem sitzen VertreterInnen der transnationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank, IWF und der EZB mit am Tisch. Ihre Aufgabe besteht darin die Position ihrer Mitglieder auf dem Weltmarkt abzusichern und die Interessen ihrer einzelnen KapitalistInnen durchzusetzen, wie den Zugang zu Rohstoffen, Handelswegen und Märkten. Im Kapitalismus setzt sich die Stärkere durch, weshalb Institutionen wie die G20 die Handschrift ihrer stärksten Mitglieder tragen. Die Mitglieder sind: Europäische Union, USA, VR China, Japan, Deutschland, Frankreich, Brasilien, Vereinigtes Königreich, Italien, Russland, Kanada, Indien, Australien, Mexiko, Südkorea, Indonesien, Türkei, Saudi-Arabien, Argentinien und Südafrika.

## Diese Erde ist voll Hunger und voll Brot, voll Leben und voll Tod

Der Kampf um immer mehr Macht und Profit zwischen den G20 Staaten hat in den letzten Jahren wieder bestialische Züge angenommen. So findet u.a. in der Ukraine, Libyen und in Syrien ein Stellvertreterkrieg zwischen verschiedenen Mächten statt, der nichts außer Tod und Elend für die einheimische Bevölkerung zurücklässt. Diese

Entwicklung ist nichts Neues, für Rohstoffe und Absatzmärkte halten sie ganze Kontinente in Abhängigkeit. So stehen einige Länder der G20 für ein System, welches Afrika, Asien und Südamerika seit Jahrhunderten ausplündert und in Unterentwicklung hält. Neu ist nur, dass wir dies in Kerneuropa nun erneut zu spüren bekommen. Wir hören zwar noch nicht die Bomben fallen, aber die Menschen die vor ihnen fliehen kommen vermehrt auch hier zu Lande an. Die G20 sind konkret die Hauptverantwortlichen für die Fluchtursachen Krieg und Elend. Sie haben ein Grenzregime errichtet, das tausende Menschen jedes Jahr in den Tod treibt. Falls die Flüchtlinge es dennoch nach Europa schaffen werden sie meist in Zelt- oder Containerdörfer verfrachtet und von den Rechtspopulisten als Sündenböcke für jegliche Probleme missbraucht. Europaweit nehmen Angriffe auf Flüchtlinge wieder drastisch zu. Die G20 stehen für eine Welt, wo Ängste geschürt und Menschen gegeneinander ausgespielt werden, wo Konkurrenz alles regeln soll. Für Profite versuchen sie unsere Lebensmittel und zerstören unsere Natur und damit unsere Lebensbedingungen. Sie stehen für Hunger und Elend, obwohl wir im Stande wären diese zu stillen. Sie bringen den Tod in alle Regionen und verdienen an sämtlichen Kriegen dieser Welt mit, weil ihnen nicht das Menschenleben etwas wert ist, sondern der Profit.

Wir brauchen stattdessen ein System, dass auf ganz neue Art demokratisch ist. Es ist an der Zeit, dass wir, diejenigen die den gesellschaftlichen Reichtum und Profit erst möglich machen, auch entscheiden, was damit passiert und alle Bereiche der Gesellschaft gestalten: von der Ernährung der Menschheit über die Versorgung von Alten und Kranken bis hin zum Erhalt der Umwelt für zukünftigen Generationen.

## Kämpfe verbinden - Gegenmacht aufbauen

Die Herrschaftselite wird um sich zu schützen, Hamburg in einen Belagerungszustand versetzen. Mit zehntausenden Cops, Stacheldraht, Kampfjets, Gefahrengeländen und diversen anderem Beiwerk werden sie versuchen ihren Gipfel so reibungslos wie möglich über die Bühne zu bringen. An diesen Tagen wird die Welt auf Hamburg schauen, weltweit wird von diesem Ereignis berichtet werden. Wir werden mit vielen zehntausenden Menschen unsere Unversöhnlichkeit mit diesem System eben auf diese Bühne bringen. Dabei lassen wir uns weder von Strafgesetzen noch von irgendwelchen SozialdemokratInnen vorschreiben, wie und wann wir unseren Widerstand artikulieren dürfen. Wir wählen unsere Aktionsformen selbst, denn für uns haben die verschiedensten Formen des Protestes ihre Berechtigung. Die Mobilisierung gegen den G20-Gipfel sollte nicht nur auf dieses Happening hinauslaufen, viel mehr wollen wir es nutzen, damit Organisationen bundesweit und zum Teil auch international zusammenarbeiten und sich vernetzen, um über dieses Datum hinaus die Bewegung voranzubringen. Nutzen wir also die Gelegenheit, um ins Gespräch zu kommen, Aktionen zusammen vorzubereiten und Strukturen für zukünftige gemeinsame Kämpfe aufzubauen. Dabei müssen wir das Rad nicht neu erfinden, sondern können sowohl von der Geschichte, als auch von aktuellen Kämpfen lernen. Wir sind weder isoliert noch weltfremd, wir stehen Schulter an Schulter mit allen, die sich wehren, egal ob Streik in einer Hamburger Kita oder dem bewaffneten Kampf in Rojava. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und Kämpfe verbinden, damit wir neue Perspektive aufbauen können. Unser Kampf findet in diesem Sinne überall statt, denn jeder Lebensbereich ist durchdrungen von der kapitalistischen Produktions- und Denkweise. Überall wird deutlich, dass das System nicht den Bedürfnissen der Menschen, sondern dem Profit dient. Nur wer sich organisiert und kontinuierlich an einer Perspektive arbeitet, kann dem Kapitalismus und seinen VertreterInnen im bürgerlichen Staatsapparat entgegenreten.

*Dabei ist klar, dass wir kein Interesse haben den Kapitalismus am Totenbett weiter am Leben zu halten, wir wollen den Stecker ziehen.*



## DIE G20 IM HISTORISCHEN KONTEXT

G20 intern - Bündnis

In den 1970er Jahren geriet der bisherige Nachkriegsaufschwung ins Stocken und 1973 kündigte die USA auch noch das Abkommen von Bretton Woods, welches die feste Bindung der Wechselkurse an den Dollar vereinbarte. Mit der Aufkündigung der festen Wechselkurse fiel der Dollar dramatisch und verstärkte die Abwärtsspirale. Dies machte eine wirtschaftliche Koordination der imperialistischen Staaten notwendig und ging in erster Linie vom deutschen Kanzler Helmut Schmidt und dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing aus.

In Frankreich fand auch der erste G6-Gipfel mit den weiteren Ländern Japan, Großbritannien, Italien und den USA im November 1975 statt. Im Jahr darauf nahm auch der Ministerpräsident Kanadas an dem „Weltwirtschaftsgipfel“ teil, dies war somit die Geburtsstunde der bis heute bestehenden G7. Im Jahr 1998 kam noch Russland dazu und verließ diese im Jahr 2014 auf Drängen der USA wieder. Ende der 1990er geriet mit der Asienkrise die Weltwirtschaft ins Schwanken. Investoren hatten massiv Kapital in die Länder investiert und damit eine Spekulationsblase geschaffen, welche im Sommer 1997 platzte, daraufhin kam es zu den ersten Vorläufern der G20, um in den Krisenwehen der kapitalistischen Weltwirtschaft sich abzusprechen und vor allem Währungsfragen zu klären. Seit dieser Zeit gab es nur G20-Treffen der Finanzminister. Dies änderte sich mit der Weltfinanzkrise Ende 2007, weil die Schwellenländer, allen voran China, an Bedeutung gewannen und die Weltwirtschaft nun auch auf chinesische Konjunkturpakete angewiesen war. Die G20 wurden u.a. auf Druck Chinas nun auf Chefebene gehoben und seitdem treffen sich jährlich die 19 Staats- und Regierungschefs der stärksten „Industrie- und Schwellenländern“ und die EU. Auch wenn die G20 einen

etwas anderen Umfang hat als die G7, nehmen dort immer noch die wirtschaftlich 19 stärksten Länder teil und verhandeln Fragen der gesamten Weltwirtschaft. Dabei ist diese Zusammenkunft weder „demokratisch“ legitimiert, noch wird dort im Interesse der gesamten Menschheit gehandelt.

Viel mehr geht es im Konkurrenzkampf der Nationen darum, seine Position auf dem Weltmarkt zu behaupten oder sogar sich gegenseitig auszubooten. Diesem Credo folgen nicht nur die imperialistischen Mächte, sondern auch die „Schwellenländer“. Die Erweiterung der G7 auf die Entwicklungsländer ist außerdem der Versuch, diese in die neoliberal ausgerichtete Regulierung der Weltwirtschaft mit einzubeziehen. Diese elitären Clubs werden von ihren größten Mitgliedern dominiert und die schwächeren Staaten erhoffen sich Vorteile durch ihre Zusammenarbeit gegenüber den noch schwächeren Staaten. Wir lehnen diese „Weltwirtschaftsgipfel“ ab, denn für uns sind es nur Klassentreffen der wirtschaftlich stärksten Nationen. Sie treffen sich, um ihre Raubzüge besser zu koordinieren und den Kapitalismus am laufen zu halten. Wir haben kein Interesse daran, dass es so weiter geht wie bisher. Der Kapitalismus ist eine Fessel für die Menschheit geworden, er funktioniert indem es unsere Ressourcen verschleudert, große Teile der Welt versklavt und alles der Profitschöpfung unterordnet.

***Wenn sich also die Herrschenden zu ihrem Klassentreffen zusammenfinden, dann sind es für uns Symbole von Unterdrückung! Daher nutzen wir die Gelegenheit und schaffen daraus Symbole des Widerstandes. Nutzen wir den G20 Gipfel um zusammenzukommen, uns auszutauschen, besser zu vernetzen und gemeinsame Kämpfe zu entwickeln.***







**IHRE**  

---

**WELT**

## WAS HEISST UND BEDEUTET EIGENTLICH KAPITALISMUS?

### EIN KOMMENTAR ZUM AKTUELLEN ZUSTAND

Antifaschistische  
Aktion Burg

Derzeit gibt es eine erdrückende Massenarbeitslosigkeit, die in Millionen Menschen die Angst wachhält, morgen selbst zu den Überflüssigen zu gehören und sie mahnt, nur nicht aus der Spur zu geraten und in möglichst jeder Hinsicht den Vorstellungen derer zu entsprechen, von deren Wohlwollen die eigene Zukunft abhängt. Und es gibt die wohltdosierte Drohung, dies sei erst der Anfang.

Wie schreibt man und was über den Kapitalismus? Sind es Definitionen die überzeugen, historisches Wissen, radikallinke, revolutionäre Ideen oder ein sachlicher Grundkurs Marxismus? Was möchte ich vermitteln? Was ist mir wichtig? Was macht mich wütend? Was macht dich wütend? Worin sind wir uns einig und wo nicht? Und dann, nicht unwichtig: Was treibt Menschen auf die Straße, um den Kapitalismus in seinem Dasein aus der Verankerung zu reißen? Denn das will ich. Wie erkläre ich meine Wut über das System und wem und zu welchem Zweck? Wie stelle ich heute die Systemfrage und wem?

Hier könnten jetzt langweilige und trockene Erklärungen stehen, warum die Bourgeoisie, als herrschende Klasse, das Proletariat, die beherrschte Klasse, ausbeutet und was das alles mit nichts (oder allem) zu tun hat. Dazu schreiben wir etwas zur Rolle der Produktionsmittel und dem Besitz dieser. Das alles wäre wichtig und richtig, vielleicht ein bisschen knapp, aber Marx hat den Kapitalismus ja schon recht ausführlich beschrieben. Treibt das Menschen auf die Straße? Können wir so den G20 smashen? Eher nicht. Menschen leben im Hier und Jetzt, im Kapitalismus – so nennen wir dieses Elend. Elend, das wir sehen, aber andere als Wohlstand interpretieren. In Wahrheit – liebe Leser und Leserinnen – ist Kapitalismus nämlich auch noch ein Denkgift. Kapitalismus ist hochgiftig und bei genauerer Betrachtung eine intellektuelle Zumutung. Im Kapitalismus wird uns „verkauft“, dass wir Arbeit (an-)nehmen und das tun, weil wir Bock drauf haben (müssen). Es ist unsere Pflicht, als Staatsbürger oder Staatsbürgerin, einen Beruf als eine Art moderner Gottesdienst tapfer abzuleisten – bis zum letzten Umfallen in die hölzerne Kiste.

Martin Luther hat den Begriff des „Berufs“ erfunden. Einen solchen Begriff der irdischen Pflicht zur Arbeit/Beschäftigung gab es vorher nicht, weder in der Theorie noch der Praxis. Arbeit diente dem Broterwerb und war zuvor das notwendige Übel, um sich und die Eigenen zu ernähren. Luther übersetzte die Bibel ins Deutsche und schrieb diesen Begriff hinein. „Beruf“ bedeutete von nun an, eine Pflicht auf Erden zu tun, um Gott zu gefallen. An Gott glauben in Sachsen-Anhalt nicht einmal 20 %. Die protestantische Ethik als der Geist des Kapitalismus erhält sich dennoch. Genau das macht das „Abendland“ eben aus. Allein durch HartzIV mit dem Grundsatz des „Fordern und Fördern“, schreibt sich die Pflicht zur Arbeit und die Begeisterung über die eigene Ausbeutung fort. Die Nützlichkeit eines Menschen, sogar seine Menschenrechte, messen sich daran, wie sehr er oder sie

den Marktinteressen dient und vernutzbar ist, bzw. sich bereit erklärt, vernutzbar zu sein. Es heißt dann sogar, es würde Arbeit genommen, stattdessen wird Freizeit verkauft – zu Lasten des eigenen Körpers. Der Reichtum derjenigen, die aus diesem Missverhältnis profitieren (können), wächst und wächst. Die Armut derjenigen, die sich ausbeuten lassen (müssen) wird immer absurder.

Warum zum Teufel machen das so viele mit? Warum rebellieren wir nicht? Warum ziehen Menschen, die kaum mehr haben als ihre nackte Haut, nicht los und nehmen sich, was sie brauchen? Warum nehmen sie sich nicht, was sie wollen? Was macht diesen Gehorsam aus? Selbst die Gewalt der Verteidigungsarmeen des Kapitals, von Polizei bis Armee, ist zahlenmäßig der Masse der Armen unterlegen. Die erste Reihe kann fallen, die Weiteren können jede Festung stürmen. Armut breitet sich aus. Warum stehen wir nicht schon auf den Barrikaden? Feigheit allein kann es nicht sein. Bitte. Manche meinen, es geht uns noch viel zu gut. Erst wenn es richtig schlimm kommt, stehen die Massen auf und stürmen die Paläste. Das glauben wir nicht. Es ist bereits richtig schlimm. Menschen ertrinken in Massen im Mittelmeer, Menschen leben in Massen bei staatlich organisierter Armut von trockenem Brot und Wasser, bei Kerzenschein und Arbeitszwang. Menschen schinden sich kaputt und brauchen trotzdem noch staatliche Leistungen. Und das alles soll noch zu angenehm sein, um sich ein Stück vom Kuchen zu holen? Das glauben wir nicht. Oder besser: Wir wissen, dass da noch etwas Anderes ist.

Es ist diese Angst vor dem Abstieg, die uns von klein auf vermittelt wird, die uns dazu bringt, eine Berufsausbildung – möglichst gut genug – zu absolvieren und uns schämen lässt, wenn wir dem Markt nicht genügen oder gerade kein Bedarf an unserer Ausbeutung besteht. Mit Beförderung wird die „Karriere“ schmackhaft gemacht und minimalen Lohnsteigerungen bei deutlich schneller wachsenden Preisen. Wer nicht genügt, muss mit Verachtung und Sanktionen bei verweigerter Gefolgsamkeit rechnen. So kriegen sie uns gefügig.

„Die Schwachen müssen sich verändern oder sterben“, so droht der ehemalige Chrysler-Chef Vorsitzende Robert Eaton im Juli 1999 bei einem Kolloquium der Alfred Herrhausen Gesellschaft mit dem Motto „Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert“. Nach dem „Ende der Geschichte“ schafft sich freies Unternehmertum eine Welt nach seinem Bilde, in der es „den Schwachen“, das bedeutet allen Menschen, die kein Geld oder Produktivvermögen besitzen, und allen Völkern, die sich dem internationalen Kapital noch nicht „geöffnet“ haben, nur die Unterwerfung unter sein Diktat oder den Tod durch Hunger oder Krieg zugestehen will.

Für die noch Lebenden hält die kapitalistische Realität Befindlichkeiten bereit, die auch im engeren Sinne von besonderem Interesse sind: Zunehmende Sinn- und Perspektivlosigkeit, Existenz- und Zukunftsängste, Vereinsamung und Verzweiflung. Den Hintergrund bildet nichts weniger als die globale Krise: In vielen Ländern der südlichen Hemisphäre herrscht weiterhin entsetzliches Elend und auch in westlichen Metropolen und vormals sozialistischen Ländern sind Armut und Massenarbeitslosigkeit zurückgekehrt. Mit dem Aufschwung ultranationalistischer und neofaschistischer Bewegungen und dem Aufstieg keiner demokratischen Kontrolle unterliegender Mächte wächst die Gefahr einer totalitären Gesellschaft und vor dem Hintergrund einer herausziehenden Weltwirtschaftskrise werden militärische Konflikte wieder zum Mittel der Wahl politischer Akteure, im Wettbewerb um Verdrängung und Vernichtung.

Arbeitslose, Arme und Menschen, die in der Gefahr stehen, zu solchen zu werden können mit Sündenbockjagden („Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ usw.) die Angst vor Ausgrenzung, die eigene Ausbeutung und das Wissen um die Mitwirkung an der eigenen Unterdrückung verdrängen und die Hoffnung aufrechterhalten, dass

ein einigermaßen gutes Leben mit Anpassung doch noch zu erreichen sei, während Angehörige der Eliten, „Besserverdienende“ usw. unter leichtem Bedauern über die „Unvollkommenheit der Welt“ das Wissen um ihre aktive Mitwirkung an der Unterdrückung anderer und daraus evtl. resultierende Schuldgefühle verleugnen können.

Angesichts der bedrückenden Realitäten des Kapitalismus entsteht neben Existenz- und Zukunftsängsten auch der Wunsch nach Veränderung. Es kann jedoch mehrheitlich kaum etwas getan werden, weil Veränderung Konflikte zur Voraussetzung hätte, und deren Vermeidung die handlungsleitende Prämisse darstellt. Auch den Reichen darf nicht „vorgeschrieben werden“, was sie mit ihrem Geld machen. Unvorstellbarer Reichtum soll toleriert werden, während dieser erst durch die Armut der anderen entsteht. Viele gute Ideen, wie zB. die Ablehnung von Leih- oder Zwangsarbeit, sind daher zwar erfreulich und lobenswert aber wirkungslos, weil die alleinige Verfügungsgewalt der Kapitaleseite nicht eingeschränkt werden darf.

Zukunftsängste, Veränderungswünsche und gleichzeitige Konflikt-

und Handlungsverbote bilden die Angelpunkte eines angstgesteuerten Massenbewusstseins als Ausdruck brachliegender Handlungsfähigkeit und ist Begleiterscheinung von Resignation und Empathielosigkeit. Der neoliberale Diskurs gelangt damit ans Ziel. Selbst wenn sein asozialer Charakter erkannt und Veränderungen befürwortet werden, erfolgt kein widerständiges Denken, sondern die resignative Schlussfolgerung, dass sich ja doch nichts ändern lässt.

Die Tyrannei des neoliberalen Kapitalismus ist die allgegenwärtige Androhung des ökonomischen Untergangs und des sozialen Ausschlusses. Sie wird nicht durch Gewalt und Repressionen erzwungen, sondern durch Fakten aufrechterhalten. So, dass noch die eigene Unterwerfung unter die herrschenden Interessen als selbstgewählt und selbstgewollt erscheint. Trotz Krise und Perspektivlosigkeit regt sich nämlich kaum Widerstand gegen die Brutalität zeitgenössischer Politikprojekte. Die Benachteiligten fühlen sich sogar mitverantwortlich, das eigene Elend zu verschleiern, indem sie die wachsenden Profite, von denen für sie nichts abfällt, in einer absurden Wir-(Deutsche)-schaffen-das-Identifizierung mit den Mächtigen hinnehmen.

## DER IMPERIALISMUS HEUTE

### ÜBER DEN ZUSAMMENHANG VON IMPERIALISMUS UND DEN G20

Young Struggle

#### Wie sieht er aus?

Das Stadium der imperialistischen Globalisierung ist als eine neue Qualität des Imperialismus zu begreifen. Nun hat neben dem Waren- und Kapitalexport auch die Produktion internationalen Charakter angenommen. Die Herrschaft liegt in den Händen von einigen wenigen Weltmonopolen (Barclays, Bayer, Nestle), sie kontrollieren die Produktion, den Handel sowie den Geldfluss. Mit der Entwicklung dieser Megakonzerne hat sich auch die Macht der Börse, der Spekulation erweitert, das spekulative Kapital ist zu einer der grundlegenden Quellen für den Kapitalgewinn geworden, da die Profitrate der industriellen Produktion tendenziell fällt und die Kapitalisten sich gegenseitig den schon realisierten Mehrwert rauben. Gleichzeitig führt die spekulative Kapitalbewegung zu einem chronischen Überkapital.

Die Internationalisierung der Produktion, des Waren- und Kapitalexports führt zu entscheidenden Veränderungen auf dem Weltmarkt. Die nationalen Ökonomien haben ihren Platz dem vereinigen Weltmarkt überlassen. Der bürgerliche Nationalstaat wird nach den Interessen der Weltmonopole entsprechend neu strukturiert. Dazu gehört die enorme Ausweitung der Privatisierung, gesellschaftliche Nutzbetriebe von Bildung bis Gesundheit werden zu Kapitalinvestitionsbereichen, die Auflösung staatlicher Kontrolle über Waren und Kapitalbewegung oder -verringerung (TTIP-Schiedsgerichte), die Autonomisierung der Zentralbank und der entscheidenden ökonomisch-finanziellen Institutionen, sowie ihrer Öffnung für die direkte Kontrolle durch Weltmonopole. Regionale Bündnisse/Integrationen (Europäische Union, Verband Südostasiatischer Nationen, Afrikanische Union) entstehen, da sich die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Blöcken verschärft und die imperialistischen Staaten ein Netz von finanz-ökonomisch abhängigen Staaten um sich schaffen wollen.



#### Wie kam es dazu?

In 1950-70er Jahren entstand für den Kapitalismus, durch den Wiederaufbau, eine Zeit des raschen Wachstums. Der kapitalistische Boom hörte aber auf, als der Wiederaufbau beendet. Es wurden neue Entwicklungswege gesucht, jedoch war eine neue Krise unausweichlich. Das Geld musste fließen, und Profit bringen, damit sich die jeweiligen Konkurrenten auf dem Markt durchsetzen konnten. Die Bedingungen für die Erhöhung des absoluten Mehrwerts hatte sich nämlich verringert. Ein Faktor war die starke ArbeiterInnenbewegung und die Errungenschaften, die den Profit der Kapitalisten drückte. Die Herrschenden entwickelten so neue Methoden, um den Profit zu garantieren und setzten zum Beispiel auf technische Errungenschaften, mit denen versucht wurde, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Das änderte aber nichts an der Tendenz der fallenden Profitrate. Der Markt musste wachsen und sich vergrößern. Die Kapitalakkumulation unter den Monopolen erreichte ein solches Niveau, dass der Kapitalismus alle Grenzen des nationalen Marktes zerschlagen und in alle Ecken der Erde fließen konnte. Innerhalb dieser Entwicklungen kam es zu der zu erwartenden Überproduktionskrise zwischen 1973-74. Nun musste die kapitalistische Weltwirtschaft neu strukturiert werden. Die Neoliberalisierung wurde vorangetrieben. Durch die Privatisierung wurde das verbleibende Staatseigentum zugänglich für den monopolistischen Markt. Man attackierte die politischen wie sozialen Gewinne der Arbeiterklasse, um diese auszuplündern, Löhne zu senken, Arbeitszeiten zu verlängern, in Billiglohnländern zu produzieren, also alles, um den absoluten Mehrwert zu erhöhen.



## Was sind die Folgen?

Die Imperialistische Globalisierung führt zu einer vertieften Konkurrenz unter den Staaten, denn die Monopole entscheiden sich für die Standorte an denen am billigsten produziert wird, das fördert einen verschärften Klassenkampf gegen die Lohnabhängigen der Welt. Die Herrschaft einiger weniger Monopole weitet sich immer mehr aus und immer mehr Zulieferfirmen werden von diesen abhängig und somit auch größere Teile der ArbeiterInnenklasse. Monopole, deren wirtschaftliche Einflüsse die Macht von einigen Staaten übertreffen, üben eine große ökonomische Kontrolle über Nationalstaaten aus und sorgen für eine Neustrukturierung dieser nach den Interessen der Monopole. Die Weltmonopole können lokalen Blockaden, Krisen, Aufständen, also alles was dem Profit schadet, durch ihre internationale Stellung ausweichen und den Schaden am Profit auf ein Minimum senken. Die Spekulation nimmt zu, da 90% des erwirtschafteten Profits aus Spekulationen wieder in Spekulation fließt. Das führt dazu, dass die Kapitalbeträge die nicht in die Produktion kehren, sich in den Händen einiger weniger sammeln. Dieser verschärfte Klassenkampf führt zu einer größeren Polarisierung zwischen Arm und Reich, Unterdrücktem und Unterdrücker, Ausgebeuteten und Ausbeutern auf internationaler Ebene. Die Klasse der Unterdrückten wächst durch die Akkumulation des Kapitals in den Händen immer und immer weniger Kapitalisten. (2010: 388 Personen besitzen soviel wie 3,5 Milliarden Menschen; 2016: 85 soviel wie 3,5 Milliarden). Durch die Internationalisierung der Produktion treten die kapitalistischen Widersprüche auch international in Erscheinung. Diese immer deutlicher werdenden kapitalistischen Widersprüche schaffen aber auch großes Potential für einen Klassenkampf von Unten!

## G20 – Die Großen 20 Zerstörer der Welt

Ein Begriff begleitet die Proteste und Kämpfe gegen die großen Gipfeltreffen der Herrschenden weltweit: Imperialismus. Beim G20 Gipfel in Hamburg werden die Staats- und Regierungschefs der 19 wichtigsten kapitalistischen Nationen und die EU, die wichtigsten imperialistischen Staatsvertreter und Vertreter internationaler Wirtschaftsinstitutionen zusammen kommen, um ihre Interessen zu diskutieren. Heute steht der G20 Gipfel im Kontext der Veränderungen des imperialistischen Weltsystems. Heute spiegelt sich das Stadium des imperialistischen Globalisierung als eine neue Qualität des Imperialismus wieder. Nun hat neben dem Waren- und Kapitalexport auch die Produktion internationalen Charakter angenommen. Die Herrschaft liegt in den Händen

von einigen wenigen Weltmonopolen (Barclays, Bayer, Nestle, etc), sie kontrollieren die Produktion, den Handel sowie den Geldfluss weltweit. In der Entwicklung des Imperialismus mit der zunehmenden Internationalisierung der Produktion und neuen, weniger offenen Formen der Kolonialisierung zeigt sich auch die Funktion der G20 zur Sicherung der Herrschaft des imperialistischen Weltsystems. Trotz aggressiver Konkurrenz und der Vernichtungspolitik der imperialistischen Mächte untereinander, manifestieren die Gipfel Treffen das gemeinsame Interesse der Herrschenden, die imperialistischen Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten und ihre Interessen über allem stehen zu lassen. Darum symbolisieren die Gipfeltreffen, egal in welcher Form, in welchem Zusammenschluss, von NATO Gipfeln bis hin zu WTO und G20 Gipfel die Unterdrückung und absolute Ausbeutung der Menschheit und die Zerstörung der Natur. Die Gipfeltreffen vertreten die Interessen der Herrschenden, die für Krieg, Verarmung, Ausbeutung, Entmenslichung und Zerstörung stehen. Um es kurz zu fassen: Sie stehen für den Imperialismus, weswegen wir für uns dagegen erheben.

Für uns selbst, aber auch für all jene, deren Stimme und Lebensrecht geraubt und gestohlen wurde. Die Gipfeltreffen spielen im Chaos der Konkurrenz und den gezwungenen ökonomischen Zusammenschlüssen imperialistischer und kapitalistischer eine wichtige Rolle. Neben der Existenzsicherung des Imperialismus an sich, also auch der Sicherung ihrer ökonomischen Basis sind sie ein Ausdruck nach außen, eine Machtdemonstration. In den Gipfeltreffen versuchen einzelne imperialistische Monopole über ihren zugehörigen Staat Einfluss auf die internationalen Institutionen auszuüben, die als regulative Kräfte den Imperialismus aufrecht erhalten. Im konkreten werden geostrategische Einflussgebiete gesichert, Märkte und Ressourcen erschlossen und der internationale Geld- und Kapitalfluss bestimmt. Die Gipfeltreffen haben dabei keine demokratische Legitimität, die dort vertretenen Staaten und Institutionen schaffen sich ihr eigenes Recht zu ihren internationalen Zwecken und beuten mit ihren selbstbestimmten Rechtsgrundlage die Welt aus. Von hier aus zieht sich Ausbeutung und Unterdrückung über den ganzen Erdball. Zusammenfassend vertreten die Gipfeltreffen die kollektiven Interessen der Imperialisten und dienen der Aufteilung ihrer einzelnen Einflussgebiete.

*Dagegen steht unser kollektiver Wille und unsere Leidenschaft für Freiheit und gegen Ausbeutung und Unterdrückung einzustehen.*

## FLUCHT, KRIEG UND KRISE HABEN SYSTEM

Revolutionär organisierte  
Jugendaktion Nürnberg

Die Welt ist zerrüttet. Kriege, Krisen und Flucht bestimmen in den letzten Jahren unseren Alltag.

Wir schauen Nachrichten und fragen uns, was eigentlich auf dieser Welt abgeht, versuchen aber gleich danach den Weltschmerz zu unterdrücken und unseren Sachen nachzugehen und all das Leid und die offenen Fragen schnellstmöglich zu vergessen.

Dabei scheinen wir zu vergessen, dass ein/e Jede/r von uns Teil dieses allumgreifenden Systems ist und wir sind es die es Tag für Tag auch am Leben erhalten.

Wenn man will, ist der Kapitalismus in dem wir leben, ein einziger Teufelskreis. Ein Teufelskreis in dem das Kapital und die Kapitalsicherung alle weiteren Schritte bestimmen.

Ein Teufelskreis einiger weniger Gewinner und vieler Verlierer. Dabei ist das Ziel der Gewinner, der PolitikerInnen, der BankerInnen, der SpekulantInnen, der Großindustriellen, LobbyistInnen, etc. mit allen Mitteln an mehr Geld und Macht zu gelangen. Dabei wird auch vor teilweise Jahrzehnte andauernden Kriegseinsätzen nicht gescheut. Sei es in Afghanistan, Libyen, Syrien, Mali, etc. Ziel dabei ist es Einfluss, in geostrategisch wichtigen Regionen, zu erlangen und zu festigen. Dabei spielen Menschenleben absolut keine Rolle. Unliebsame Regierungen werden gestürzt, widerständige Bewegungen niedergeschlagen. Dabei profitieren die KapitalträgerInnen in jedem Stadium des Krieges. Erst mit Waffenlieferungen, dann mit dem „Wiederaufbau“ des jeweiligen Landes und dann durch die neu geöffneten Absatzmärkte, in denen sie ihre Produkte verkaufen können und lokale Unternehmen kaum eine Chance haben mit den billig produzierten Waren der Invasoren mitzuhalten. So entsteht eine Abhängigkeit von ausländischen Konzernen und die Volkswirtschaften gehen kaputt.

Jene Menschen, die wegen eben diesen Kriegen und eben diesen zerstörten Volkswirtschaften, wegen Hunger, Leid und Elend fliehen und ein Teil der Zentren der vermeintlich zivilisierten Lebens werden möchten, werden hier empfangen mit Stacheldraht, Rassismus und durch das tödliche Mittelmeer. Gleichzeitig verschärft sich die Lage, durch Grenzkontrollen (die in einem Schengenraum nichts zu suchen hätten), Asylrechtsverschärfungen und Integrationsgesetzen, die schlichtweg als rassistisch einzustufen sind.

Diejenigen Menschen die es doch schaffen nach bspw. Deutschland zu kommen, erfahren menschenunwürdige Unterkünfte, Diskriminierung, Rassismus, und die ständige Angst entweder wieder ins Heimatland, oder in das Erst-Einwanderungsland der EU (Dublin-Verfahren) abgeschoben zu werden. Die Geflüchteten die dem Kapital nichts nützen, unabhängig davon ob in der Heimat Folter und Tod droht, werden einfach rigoros zurückgeschickt. Der Traum sich hier ein friedliches, selbstständiges und sicheres Leben aufzubauen, scheitert von der ersten Sekunde an. Diejenigen wenigen Flüchtlinge die eine Bleibeperspektive haben (zurzeit Flüchtlinge aus Syrien), gilt es schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und möglichst viel Profit aus diesen Menschen zu schlagen.

Dabei schreckt die Bundesregierung auch selbstverständlich nicht zurück mit Staaten zusammenzuarbeiten, die mit den „deutschen Werten“ der Demokratie nicht übereinstimmen. Scheinheilig werden dann im TV Diskussionen geführt, wie in aller Welt die Bundesregierung mit einem Erdogan zusammenarbeiten könne. Dass die Türkei geostrategisch eine immens wichtige Rolle spielt, da es das Tor zum Nahen Osten ist und somit militärisch ein wichtiger Standort ist, wird vielleicht mal mit einem Nebensatz erwähnt, aber nicht weiter drauf eingegangen. Heuchlerische Diskussionen, wie das Merkel endlich mal die harte Kante zeigen müsse, stehen im Vordergrund. Parallel dazu ist die Bundeswehr zurzeit in 16 Auslandseinsätzen und die deutschen Waffenlieferungen gehen lediglich zu 10 % an EU- und NATO-Staaten, der Rest geht an sogenannte Drittstaaten (darunter Irak und Katar).

Oder es werden Lizenzen, an Handelspartner wie Saudi-Arabien, vergeben. Diese Staaten produzieren dann im Auftrag von Walther, Diehl oder Heckler&Koch Waffen, Sprengsätze und Fahrzeuge. Aus diesen Staaten können die Waffen, komplett ohne Bundestagsmandat oder andere Bürokratie, weiter in die ganze Welt exportiert werden. Doch auch aktiv ist die BRD an der Zerstörung der Welt beteiligt. Die Bundeswehr führt wieder verstärkt Kriege.

Die Bundeswehr und der Staat stellen es häufig so dar, als würde es um humanitäre Hilfe gehen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Bereits Horst Köhler sprach offen aus, worum es der deutschen Politik geht: Die Verfolgung von wirtschaftlichen Interessen und die Sicherung der Handelsrouten.

Die deutschen Konzerne sind maßgeblich auf Rohstoffe, wie selte-

ne Metalle und Öl aus anderen Ländern angewiesen. Diese sollen möglichst preiswert importiert werden. Auch müssen Konzerne neue Märkte erschließen wenn sie in der weltweiten Konkurrenz nicht bankrottgehen wollen. Sie bedienen sich ihres Nationalstaates zur Durchsetzung ihrer Interessen. Dieser schließt Knebelverträge mit anderen Staaten, unterstützt auch mal Putschisten oder rüstet die Opposition mit Waffen aus. Falls dies nicht zum gewünschten Ziel führt, wird selbst militärisch eingegriffen. So ging es im Irak um die Erschließung des Ölvorkommens, in Afghanistan um die Sicherung der geostrategischen Position und um Erdöl und am Horn von Afrika um die Sicherung von Handelsrouten.

Der Einsatz deutscher Truppen in Syrien soll der Terrorismusbekämpfung dienen und den Islamischen Staat (IS) schwächen. Die tatsächlichen Interessen hinter diesem Ziel sind wohl eher, eine prowestliche Regierung in der rohstoffreichen Region zu installieren, um sich so die Möglichkeit der Ausbeutung dieser Region leichter zu machen. Dieser Einsatz ist mit 1200 Soldaten die dort zur „Aufklärung“ und zur logistischen Unterstützung der kämpfenden Truppen eingesetzt werden der derzeit größte Bundeswehr Einsatz. Die BRD spielt damit wie jeder Staat in diesem Krieg ein doppeltes Spiel. Einerseits unterstützen sie finanziell sowie logistisch den NATO-Partner Türkei, welcher offen Krieg gegen die kurdischen Freiheitskämpfer führt, andererseits paktieren sie mit eben jenen Freiheitskämpfern in einem Bündnis gegen den Islamischen Staat. Daran lässt sich gut erkennen, dass die BRD nur ihre bzw. die Interessen ihres Kapitals verfolgt und sich nicht um etwa die Freiheit des kurdischen und syrischen Bevölkerung schert, sondern lediglich versucht die Schlagkraft der verschiedenen Akteure für sich zu nutzen.

Bei Kriegseinsätzen an der sich auch die Bundeswehr beteiligt, werden ganze Regionen zerstört, Millionen von Menschen getötet oder in die Flucht geschlagen. Wie bereits erwähnt wurde nun zum 28. Januar 2016 beschlossen ihre tödliche Praxis auszuweiten und in Mali nicht mehr nur Ausbilder, sondern auch Kampfverbände zu stationieren. Mali ist reich an Uran und anderen selten Metallen. An Zynismus ist es kaum noch zu überbieten, wenn die Bundeswehr davon spricht Fluchtursachen bekämpfen zu wollen oder gar humanitär zu helfen.

Die einzigen, die dabei gewinnen sind die KapitalistInnen, die Banken und Konzerne, die hierbei das große Geld machen. Wir, die große Mehrheit, die ArbeiterInnenklasse hat dabei nichts zu gewinnen. Wir sollen sogar für sie in den Krieg ziehen und uns töten lassen, damit sie ihre Profite machen können.

In Zeiten der „Krise“ ist Krieg wieder überall. Aber nicht nur im Ausland, auch der Krieg gegen die Rechte der ArbeiterInnen lässt sich unter dem Deckmantel einer Krise verschärfen.

2008 kam die Immobilien-/Bankenkrise, einige wenige Banker verzockten sich und spekulierten zu hoch, so jedenfalls wurde es hingestellt von Medien und Staaten. Doch eigentlich platzte eine lang gefütterte Spekulationsblase, die durch zu große Gier und zu hoher Verschuldung entstand. Doch das war lange absehbar und die Krise war inszeniert. Der Kapitalismus mit seiner Ideologie aus Gier und Konkurrenz ist selbst die Krise der Menschheit. Das Ausbeuten von fast Allen für die Reichtümer der Wenigsten ist die Krise, Kriege sind Krisen, Flucht ist eine Krise und die Lösung ist sehr einfach! Das Problem ist der Kapitalismus, also kann die Krise nur durch die Abschaffung dieses heuchlerischen Systems beendet werden.

***Kämpft mit uns für die Freiheit und Gleichheit  
aller Menschen! Kämpft mit uns gegen die G20!***

## G20 HEISST URBANE AUFSTANDS- BEKÄMPFUNG

Radikale Linke Berlin

### Hamburg.

Ginge es nach dem Willen von Oberbürgermeister Olaf Scholz, dann stünde Hamburg bald in einer Reihe mit Singapur, New York und London. Bereits jetzt stilisiert er die Stadt zur „boomenden Metropole“. Nach dem 7. und 8. Juli 2017 wird sie sich allerdings vielmehr mit Genua (G8-Gipfel 2001), Strasbourg (NATO-Gipfel 2009) oder Toronto (G20-Gipfel 2012) vergleichen lassen müssen. Diese Städte haben gezeigt, dass urbane Räume keine ruhigen Orte für die Treffen der Herrschenden sind. Sicherheitszonen, auf Dächern postierte Scharfschützen, versiegelte Gullydeckel und tagelanger Ausnahmezustand zusammen mit Großdemonstrationen in der Innenstadt, Blockaden von Infrastruktur und militante Aktionen. All das erwartet nun auch Hamburg im Sommer 2017.

Die Entscheidung für eine Großstadt als Austragungsort des Treffens macht, nüchtern betrachtet, gar keinen Sinn. Um sich aber im harten Ränkekampf der internationalen Metropolen beweisen zu können bleibt auch den Hamburger Stadtoberen nichts Anderes übrig, als zu beweisen, dass sie ihre Macht gegen jeglichen aufkeimenden Widerstand in ihrem Einflussbereich durchsetzen können. So wird nach dem G8-Gipfel in Köln 1999, erneut ein solches Treffen in einer deutschen Großstadt abgehalten. Der Staat will dabei jeden Widerstand im Keim ersticken, man fühlt sich wohl gut gewappnet und ist überzeugt Proteste rasch zu zerschlagen: 13.200 Bullen, 3.000 Einsatzfahrzeuge inklusive gepanzerter Kampfwagen, 700 Angehörige von Spezialeinheiten, 23 Wasserwerfer, 10 Hubschrauber und ein Kampfjet sind bis jetzt angekündigt.

Die von vielen Anwohner\_innen bereits jetzt geäußerten Befürchtungen, wischte Scholz als „völlig unberechtigt“ vom Tisch. Beschwerden seien unangebracht, denn „wenn wir alle gemeinsam wollen, dass sich die Verantwortlichen der Welt mehr treffen, mehr miteinander reden, [...] dann müssen sie sich auch irgendwo treffen“. Wir haben allerdings kein Interesse daran, dass sich die führenden Ausbeuterstaaten besser verständigen, während um sie herum der Ausnahmezustand herrscht.

### Ausnahmezustand und urbane Aufstandsbekämpfung.

Die zu erwartenden Proteste und Auseinandersetzungen verlangen den Repressionsbehörden neue Vorgehensweisen ab. Das, was die Bullen in Hamburg erproben werden, sind sogenannte Aufstandsbekämpfungsstrategien in städtischen Ballungsgebieten. Bereits 2000 hatte die Weltbank erkannt, dass die Armut in den Städten für das Kapital das wichtigste und gefährlichste Problem des 21. Jahrhunderts sein wird. In den globalen Metropolen entwickeln sich riesige Slums. Dort leben Menschen, die in den urbanen Räumen keine Wohnungen finden. Solch legalisierte Siedlungen entstehen allorts und immer

häufiger. Sie sind ein Symbol des Ausschlusses und der Erniedrigung von Millionen Menschen durch die neoliberale Weltordnung.

Die Urbanisierung der Armut trägt aber auch die Urbanisierung der Revolten in sich. Militär und Polizei haben früh erkannt, dass diese Orte nicht mit den Methoden konventioneller Kriegsführung zu kontrollieren sind. Seit den 1990er Jahren forschen Thinktanks über die militärstrategischen Zusammenhänge von Urbanisierung und Aufstandsbekämpfung. Auch für die NATO-Staaten ist diese Entwicklung ein Problem. Und so erschienen in den vergangenen Jahren zahlreiche Analysen und Strategiepapiere, wie das von der NATO verfasste „Urban Operations in the Year 2020“-Papier. Darin setzen sich die Autoren\_innen mit fiktiven Krisensituationen in Metropolen auseinander und stellen Einsatzkonzepte im Bereich der „Counter insurgency“ (COIN, dt.: Aufstandsbekämpfung) vor.

### Deutschland. Keine Slums aber Gentrifizierung, Zerstörung...

In Deutschland gibt es keine Slums wie den „Jungle“ von Calais oder in Indien, auch wenn immer mehr Wohnungslose und Geflüchtete auf der Straße leben müssen. Hierzulande existieren die Siedlungen der Ausgeschlossenen am Stadtrand der Ballungsräume. Dorthin werden diejenigen verfrachtet, die es sich nicht mehr leisten können, in den feinen Innenstadtbezirken zu leben, oder die dort nicht gewollt sind. Ganz zur Freude der Bullen, wie Springers BZ im Zuge der Auseinandersetzungen um die Hausprojekte im Friedrichshainer Nordkiez Anfang 2016 vermeldete: „Die Ermittler hoffen dabei auch auf die Verdrängung der Autonomen aus den Kiezen durch steigende Mieten. Und so in Verbindung mit Druck ›ein Klima zu schaffen, in dem die Linken von alleine gehen‹ [...] Präsenz, Personenkontrollen und Hausdurchsuchungen sollen massiv zunehmen. ›Wir werden denen keinen Freiraum lassen‹“.

Gentrifizierung bedeutet die Zerstörung sozialer Beziehung, Isolation und Desorientierung sowie die Umstrukturierung von Kiezen: Brachen werden bebaut, Hauseingänge mit Videokameras überwacht, Spielplätze eingezäunt, tote Winkel ausgeleuchtet und private Sicherheitsfirmen angeheuert. Ein zentrales Instrument dieser neoliberalen Politik sind oft, die sogenannten Quartiersmanagements.

Während Investor\_innen mit Häusern spekulieren und die Reichen sich in ihre „Gated Communities“ zurückziehen, nutzen die Repressionsbehörden die Chance. Das Landeskriminalamt kooperiert mit Architekt\_innen, die bei der Planung und Umsetzung der „sicheren Städte“ mithelfen sollen.

Aber was ist eine sichere Stadt? Die Architekt\_innen planen, wie beispielsweise Parks und Bahnhöfe möglichst ungemütlich für wohnungslose Menschen gestaltet werden, indem z.B. Sitzgelegenheiten



entfernt werden. Sie weisen zudem darauf hin, wo Überwachungskameras installiert, und wie öffentliche Plätze am besten kontrollierbar gemacht werden können.

Dabei können sich die Architekt\_innen auf eine lange Tradition des Umbaus der Städte im Interesse der Herrschenden berufen. Ob Paris, Rom oder Berlin, die Regierenden machten sich nach den Aufständen im 19. Jahrhundert daran, die mittelalterlichen Gassen zu begradigen, um den kommenden Aufständischen keine Verstecke mehr zu bieten. In den, nun groß angelegten und einsichtigen, Straßen besteht seitdem freie Schussbahn für Bullen und Soldat\_innen. Jeder noch so kleine Keim von Widerstand soll bereits im Ansatz erstickt werden.

### ... Überwachung und Militarisierung!

Was die Politik immer intensiver forciert ist die Schaffung eines Klimas des „Ausnahmezustands“. Überall wird der Ruf nach „Law and Order“-Politik laut, weil Deutschland einer anhaltenden Bedrohung ausgesetzt sei. Mal sind es linke Randalierer\_innen, mal Terrorist\_innen, mal Taschendieb\_innen. Die Hauptsache ist, es kann eine Stimmung der Angst erzeugt werden, die neue Repressionen rechtfertigt. Ganz im Sinne des bereits erwähnten NATO-Papiers wird dabei die Trennung zwischen Militär und Polizei immer weiter aufgehoben: „Die präventive Kontrolle und Repression möglicher Unruhen und Aufstände wird immer mehr zu Aufgaben des Militärs, das [...] Aufgaben übernehmen muss, die ursprünglich von der Polizei übernommen wurden, während diese sich paramilitarisiert“. Auch die deutschen Bullen werden immer weiter aufgerüstet und militarisiert: So wurden 2015 „Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten plus“ (BFE plus) aufgestellt, und die Polizei - bisher nur in Hamburg - mit modernen Panzerwagen für den urbanen Straßenkampf ausgestattet. Auch die Umstrukturierung der Bundeswehr ist Teil der Veränderung der polizeilichen und militärischen Taktiken. Ein Beispiel dafür ist die Übungsstadt „Schnöggersburg“ auf dem Gelände des Gefechtsübungsentrums (GÜZ). Bis 2017 sollen hier mehr als 500 Gebäude, Hochhäuser, U-Bahn-Tunnel und vieles mehr entstehen. Möglichst realitätsnah soll dort die urbane Aufstandsbekämpfung trainiert werden. Bereits seit über 10 Jahren trainiert die Bundeswehr „Crowd and Riot Control“-Taktiken (CRC) gemeinsam mit ihren NATO-Verbündeten im Rahmen des KFOR-Einsatzes im Kosovo. Dafür wurde sie nicht nur mit Tränengas, Gummigeschossen und Wasserwerfern ausgestattet, sondern testete diese auch in der Realität – unter anderem gemeinsam mit türkischen Soldat\_innen.

Die Debatte um Bundeswehr-Einsätze im Inneren ist längst von der Wirklichkeit eingeholt worden. Ob beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 oder bei der NATO- Sicherheitskonferenz in München, Bun-

deswehr-Soldat\_innen sorgen mit für den reibungslosen Ablauf. Und auch in Hamburg werden, trotz

der Beschwichtigungen des SPD-Innensenators, hochgerüstete Soldat\_innen im Einsatz sein.

Neben den staatlichen Institutionen erhalten auch private Sicherheitsfirmen immer mehr polizeiliche Aufgaben und Befugnisse, so dass sie inzwischen ganze Wohnblocks und Kieze kontrollieren. Gab es im Jahre 1995 ungefähr 1.800 private Wach- und Sicherheitsdienste, waren es 2005 bereits 3.150 und 2015 über 5.500. Waren diese anfangs vor allem für den Objekt- und Werkschutz zuständig, sind sie heutzutage immer mehr im öffentlichen Raum eingesetzt bspw. zum Schutz von Atomkraftwerken, öffentlichen Großveranstaltungen, Bahnhöfen, Flüchtlingsunterkünften oder Abschiebeknästen. Im Vergleich zur staatlichen Repressionsbehörden unterliegen private Sicherheitsdienste weniger bürokratischen, rechtlichen und politischen Beschränkungen. Außerdem zwingt sie der finanzielle Druck zum „effektiven Handeln“.

### Rebellische Kieze. Widerständige Nester

Im Schatten der Aufrüstung der Herrschenden wächst eine Generation heran, die noch nie etwas vom Staat erwarten konnte. Ihren Ausdruck fand sie unter anderem bei den militanten Aktionen während des Aufstands der Jugend in Griechenland 2008, den Blockupy-Protesten 2015, militanten Kiezgruppen in Istanbul, die die Bevölkerung gegen den Staat und seine Faschisten schützten, den wochenlangen Anschlägen in Solidarität mit der Rigaer 94 oder den blockierten Zwangsräumungen – es sind rebellische Kieze und ihre solidarischen Nachbar\*innen.

Wollen wir uns in Zukunft konsequent und erfolgreich gegen Zwangsräumungen, rassistische Kontrollen oder Überwachung wehren, werden wir auf planmäßig vorgehende Repressionsbehörden treffen, die alle Bereiche unseres Lebens kontrollieren wollen und gegen jeden Widerstand vorgehen werden.

Wir werden eine Bresche in ihren Wunsch nach einer Gesellschaft nach Maßgaben des Kapitals schlagen. Der Gipfel in Hamburg ist dabei ein Moment, bei dem die Kräfte eines Widerspruchs zusammenfinden und der Welt des Elends den Kampf ansagen. Wir haben uns entschieden, nicht länger nur Nein zu sagen, sondern uns die Zukunft zu nehmen.

**G20 VERSENKEN.  
GEGENMACHT AUFBAUEN!**

## RASSENHASS ZU KLASSENHASS

### Roter Aufbau Rhein Ruhr

Rassismus und offener Hass nehmen in vielen Ländern der Welt zu – auch in Deutschland. Laut Bundesinnenministerium hat es 2016 in Deutschland 3500 Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte gegeben. Dabei wurden 560 Menschen Verletzt, 43 davon Kinder. Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) veröffentlichte hierzu, vor kurzem, noch besorgniserregendere Zahlen: Alleine in

Ostdeutschland, Berlin und Nordrhein-Westfalen fanden pro Tag im Durchschnitt 5,3 rechts motivierte Gewalttaten statt, 3.050 Personen wurden verletzt oder massiv bedroht. Besonders Besorgniserregend: 9% der Opfer, waren laut dem Bericht der VBRG, Kinder.

Gleichzeitig feiert das parlamentarische Gesicht des Rassismus in Deutschland, die AFD, einen Wahlerfolg nach dem andern. Sie eroberten Landtag für Landtag: Sachsen-Anhalt; 24,2%, Rheinland-Pfalz; 12,6%, Baden-Württemberg; 15,1%, Mecklenburg-Vorpommern; 20,8%, Berlin; 14,2%, um nur einige ihrer Erfolge zu nennen.

### Was aber ist Rassismus überhaupt und warum findet er erneut so großen Anklang innerhalb der Bevölkerung?

Der Rassismus teilt die Menschen nach bestimmten Körperlichen-, Kulturellen-, Nationalen- sowie Religiösen Eigenschaften in verschiedene Gruppen („Rassen“) ein und versieht diese mit einer Bedeutung und Bewertung. Diese Einteilung und Bewertung schafft die Grundlage für die Herabwürdigung der jeweils anderen „Rasse“,

während im Gegenzug die eigene Zugehörigkeit zu einer bestimmten „Rasse“ bestärkt wird.

Während im Feudalismus noch die „gottgegebene“ Ordnung Grund genug für die Ausplünderung und Versklavung anderer Völker war, stieß die Feudalgesellschaft immer mehr, mit den Interessen des aufkommenden Kapitalismus zusammen. Für die Entwicklung einer kapitalistischen Wirtschaft musste die übrige Welt zunächst ausgeplündert werden. In Kolonialkriegen unterwarf man fremde Völker und plünderte ihre Reichtümer. Die kolonialisierten Gebiete außerhalb von Europa wurden zu Schauplätzen von Gewaltaktionen die von Vertreibung bis hin zum Völkermord reichten.

Sei es die Ausbreitung der angelsächsischen Siedlerkolonien in Nordamerika und Ozeanien, welche die fast vollständige Ausrottung der indigenen Bevölkerungen nach sich zog; der Vernichtungskrieg, auch „Rassenkampf“ wie die Deutschen ihn nannten, gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika mit ungefähr 100.000 Toten oder die Niederschlagung der Maji-Maji Rebellion mit der Strategie der so genannten „Verbrannten Erde“, der etwa 180.000 Menschen zum Opfer fielen. Beispiele findet man zuhauf.

Begründet wurde der Kolonialismus und Imperialismus gegenüber Afrika, Lateinamerika und Asien mit diesen angeblich angeborenen Unterschieden. Der Rassismus als Vorwand rechtfertigte für sie die Unterwerfung, Ausbeutung, Abwertung und Versklavung.

In der Krisenepoche des Kapitalismus wurde der Rassismus, gepaart mit Nationalismus, von den Herrschenden eingesetzt. Nicht mehr primär um koloniale Ausbeutung zu rechtfertigen, sondern neuerdings um innerhalb der Länder die Bevölkerung zu spalten und um Sündenböcke dingfest zu machen.

Die Krise der zwanziger und dreißiger Jahre stellte Bauern, Angestellte, Handwerker und Händler vor den Ruin, der Abstieg von der „Mittelschicht“ in die ohnehin verarmte Arbeiterschaft stand vor der Tür. Das Kleinbürgerliche Wertesystem ging in die Brüche und die Schicht der Kleinbürger wurde überflüssig. Nach verschiedenen Niederlagen der Arbeiterbewegung ging diese Schicht zu den von dem Großkapital finanzierten Nazis über. Dies schaffte, zusammen mit einem ideologischen Gemisch aus Ariermythos, Nationalismus, Kolonialrassismus, Rassenhygiene und dem enormen Hunger der Konzerne nach billigen Arbeitskräften, die Grundlage für das wahrscheinlich am besten geplante und umfassendste Verbrechen der Menschheitsgeschichte, die Vernichtung von Millionen Menschen im Krieg und in den Konzentrationslagern.

Nach dem Krieg gab es in Westeuropa, welch wunder, kein Bedürfnis nach „neuem Lebensraum“ mehr, das Großkapital suchte wieder händeringend nach billigen Arbeitskräften. Also holte man Millionen ArbeiterInnen aus Italien, Spanien, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland. So deckte man den Bedarf des Großkapitals an billigen Arbeitskräften und gleichzeitig trug man dazu bei, die Herkunftsländer indirekt in Unterentwicklung zu halten.

Schön und gut aber was haben diese „alten Kamellen“ mit dem hier und jetzt zu tun könnte man meinen. In den siebziger Jahren endete die Aufschwungsepoche, welche nach dem Zweiten Weltkrieg angefangen hatte. Die Kapitalisten konnten die Massen an Menschen die hergeholt wurden, um ihre Arbeitskraft abzuschöpfen, nicht mehr gebrauchen. Sie sind, kurz gesagt, überflüssig geworden. Gleichzeitig verursacht der Kapitalismus fortwährend Leid auf der ganzen Welt. Dem europäischen Kapital ist seit dem Ende der Kolonialzeit jedes Mittel recht um seine Interessen weiterhin in den für ihn geostrategisch wichtigen und Rohstoffreichen Regionen der Welt durchzusetzen. Die sozialen Strukturen in vielen Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ werden durch „Entwicklungshilfe“, Strukturanpassungsprogramme und die Finanzierung von Marionettenregierungen, oder wenn nötig auch durch direkte militärische Intervention, zerstört. Die Folgen dieser Politik sind Kriege, Hungersnöte und Elend.

Ein Großteil, der Bevölkerungen dieser Länder, wird durch die direkten Auswirkungen dieser Politik zur Flucht gezwungen. Die Kapitalisten aber, haben seit dem Ende der oben genannten Aufschwungsepoche, spätestens aber seit der letzten großen Wirtschaftskrise kein Interesse mehr an Arbeitskräften. Dass diese Menschen aber vor allem Menschen und keine Arbeitskräfte sind, interessiert sie nicht. Um die Massen an überflüssigen Flüchtlingen fern zu halten und gleichzeitig die eigene Bevölkerung von der hiesigen Krise abzulenken, gräbt man eben den Rassismus wieder aus und macht ihn erneut salonfähig.

## Rassismus ohne Rassen

Spätestens seit den Lehren der NS Verbrechen, hat der klassische Rassismus, also die Menschen anhand von körperlichen oder genetischen Eigenschaften in verschiedene Menschengruppen einzuteilen ausgedient. An Stelle von genetischen Faktoren, nahm man nun einfach kulturelle Faktoren um Unterschiede zu erklären.

Geprägt wurde diese Neuauflage des Rassismus von der „neuen Rechten“. Mit Begriffen wie „Ethnopluralismus“ versuchen sie ihrem Weltbild ein wissenschaftliches Fundament zu geben. Dieser besagt, dass sich die Identität einer „Ethnie“ nur im Kontext eines Territoriums und einer spezifisch kulturellen Prägung entwickeln und erhalten kann. Daraus leitet man dann ab, dass man unterschiedliche „Ethnien“ zwar nicht wie damals ausrotten, aber doch zumindest räumlich voneinander trennen muss, natürlich nur um die „Vielfalt der Völker“ zu erhalten. Als Konsequenz verkündet man „Afrika den Afrikanern“ „die Türkei den Türken“ und zu guter Letzt „Deutschland den Deutschen“. Anti-Immigrationsbewegungen wie die NPD, AfD, die Front National in Frankreich, die FPÖ oder die SVP propagieren dieses kultur-rassistisches Gedankengut.

Spätestens seit der bis heute anhaltenden Fluchtwelle 2015, in der Menschen aus der „Dritten Welt“ sich aus der vom Imperialismus geschaffenen Elend zu retten versuchten, stoßen fremdenfeindliche Positionen innerhalb der Bevölkerung erneut auf vermehrte Zustimmung. Die Geflüchteten werden hier angekommen durch unsägliche Lebensbedingungen und dem Fehlen von Möglichkeiten diese zu verbessern praktisch in die Kriminalität gezwungen. Dies benutzen die Populisten von rechts als Legitimation für ihren Hass gegen Geflüchtete. Durch mediale Aufheizung können diese dann ihre Hetze und Taten mit der Stimmung innerhalb der Bevölkerung rechtfertigen. Mit Losungen wie „Wir sind das Volk“ versuchen sie sich als Repräsentanten des Volkes zu deklarieren.

Um festzustellen, dass die Einteilung der Menschen in „Rassen“ willkürlich ist, dass die Kultur nichts Angeborenes ist, muss man nicht besonders schlau sein. Wir Menschen haben die gleichen Fähigkeiten wie Sinneswahrnehmung, Sprach und Denkvermögen. Rassismus ist für den Kapitalismus aber von Nutzen, so kann er den Rassismus als eine Art vermehrter Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse vorantreiben und somit deren Spaltung vergrößern. Arbeitsplatzmangel, Wohnungsnot und andere alltäglichen Existenzängste sind reale Probleme mit denen die Menschen in Deutschland und dem Rest von Europa tagtäglich konfrontiert sind.

Um den berechtigten Zorn den diese Probleme verursachen von den Kapitalisten und dem Staat als ihrem Handlanger abzulenken, wird der Zorn, durch Medien und auch mithilfe der etablierten Parteien auf Flüchtlinge und Migranten kanalisiert.

Wir müssen uns solidarisch mit den Betroffenen zeigen und klar aufzeigen, wer für die Missstände in Deutschland und anderswo verantwortlich ist, wer den Nährboden für Rassismus schafft und wer davon schlussendlich profitiert.

Der Kampf gegen Rassismus wird daher immer wichtiger. Denn nur, wenn jede Form der Diskriminierung und Kategorisierung der Menschen überwunden wird, ist eine Welt frei von Ausbeutung und Unterdrückung möglich.



Die wahren Grenzen verlaufen nicht zwischen den verschiedenen Nationalitäten, Religionen oder Hautfarben, sondern zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse.

Wir rufen alle auf aktiv zu werden und gemeinsam Widerstand gegen das kapitalistische System des Elends zu leisten.

*Die Klassenkämpfe entfalten.*

*Das Proletariat organisieren.*

*Mit dem Widerstand beginnen!*

## KLIMAWANDEL UND NATURZERSTÖRUNG

### ÜBER ANTIKAPITALISMUS UND UNSERE ERDE

Antikapitalistische Aktion Bonn

Natur und Umwelt sind die Grundlage allen menschlichen Lebens – die zunehmende Schädigung der Umwelt durch das Handeln riesiger Konzerne und einer Wirtschaft im Sinne der rücksichtslosen Profitmaximierung gefährden unser gesamtes Ökosystem - und damit die Existenz der Menschheit überhaupt. Die Welt steht am Scheideweg.

#### **So wie es ist...**

Nur 150 Jahre kapitalistische Industrieproduktion haben durch den massiven CO2 Ausstoß einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von knapp 1°C bewirkt. Mit fatalen Folgen: Durch die Temperaturerhöhung schmelzen Gletscher weltweit, insbesondere die Polkappen, zusätzlich dehnt sich das erwärmte Meereswasser aus - der Meeresspiegel steigt. Bei einem prognostizierten Anstieg von einem halben Meter bis zum Jahre 2100, werden ganze Staaten in Folge der ungebremsten globalen Erwärmung untergehen.

Der Klimawandel wird in den nächsten Jahren immer mehr zu Dürren und Überschwemmungen führen, sodass Weizen, Mais und Hirse im südlichen Afrika nicht mehr wachsen, und Hungerkatastrophen zunehmen werden. Gefahren durch Krankheiten und Seuchen werden durch den Klimawandel verschärft: Bei einer weiteren Erwärmung von nur einem Grad werden die Todesfälle durch Malaria und Durchfallerkrankungen um 300.000 im Jahr zunehmen. Auch hier werden wieder vor allem die ärmsten Regionen der Erde betroffen sein.

Die dramatischen Folgen des Klimawandels treiben weltweit Men-

schen in die Flucht. Durch die Zunahme von Wetterextremen wird die Lebensgrundlage der Menschen, die im „globalen Süden“ von Landwirtschaft leben, zerstört. Schon 2050 rechnet der Weltklimarat mit 250 Millionen zusätzlichen Menschen, die vor Hunger, Wasserknappheit, Dürre, Stürmen und Überflutungen fliehen. Für die Schmutzwirtschaft des Kapitalismus werden die Ärmsten der Armen bezahlen; und das oft mit ihrem Leben. Mehr als je zuvor können wir heute sehen: Radikale Veränderungen sind nötig, wenn sicheres Leben auf der Erde weiterhin möglich sein soll.

#### **...darf es nicht bleiben.**

Schuld am Klimawandel ist nicht das Konsumverhalten Einzelner, Schuld sind Großkonzerne: Allein 90 dieser sind verantwortlich für zwei Drittel des gesamten CO2 Ausstoßes seit 1850. Diese Konzerne dürfen weiterhin ungestraft Wasser, Land und Luft verpesten und ihre Profite einstreichen. Häufig passiert es sogar, dass Unternehmen und Politiker das wachsende Umweltbewusstsein vieler Menschen für ihre Zwecke ausnutzen, um sich einen „grünen Anstrich“ zu verpassen. Der Schmutzriese VW bewirbt seine Elektroautos und fälscht gleichzeitig die Emissionswerte der Dieselfahrzeuge. Der „Umweltstandard Deutschlands“ wird hochgehalten, gleichzeitig werden abgewrackte Autos aus Deutschland nicht recycelt, sondern in Entwicklungsländer verkauft. Dagegen werden auch keine „Klimagipfel“ helfen: Diese haben in den letzten Jahre vor allem damit geglänczt, dass die kapitalistischen Staaten unverbindliche Maßnahmen beschlossen haben, die nur sie selbst kontrollieren. Die deutsche Regierung hat jahrelang den Ausbau der Atomkraft gefördert, die Grünen haben die Laufzeiten verlängert, die CDU erst nach Fukushima unter dem Druck einer Massenbewegung nachgegeben. Noch heute wird die Stilllegung der AKW's und die „Endlagerung“ des Atom Mülls von den deutschen Steuerzahlern bezahlt. Die Folgen dieser Politik werden wir in den nächsten Jahren am eigenen Leib erfahren.

#### **Den Teufelskreis durchbrechen!**

Der Klimawandel steht nicht alleine, sondern bildet zusammen mit der wachsenden Vernichtung der tropischen Regenwälder, dem Ozonloch, dem massenhaften Artensterben, der drohenden Gefahr umkip-



penden Weltmeere und auch der Zunahme regionaler Umweltkatastrophen (Überschwemmungen, Dürren...) nur eine von vielen Faktoren der globalen Umweltzerstörung. Diese bedingen und beschleunigen sich gegenseitig und entfalten so eine gefährliche Eigendynamik – schon heute sind viele Schäden an der Natur unumkehrbar. Jährlich sterben mehr als 27.000 (!) Arten aus, in den letzten 40 Jahren sind mehr als ein Drittel der erfassten Wirbeltierarten verschwunden. Knapp die Hälfte des Meeresplanktons ist in den letzten Jahrzehnten vernichtet worden, mit katastrophalen Folgen für die Nahrungskette der Ozeane und die Sauerstoffproduktion: Plankton macht mehr als 50% der gesamten Biomasse aus und ist für über 50% der weltweiten Photosynthese verantwortlich. Pro Minute werden mehr als 35 Fußballfelder tropischen Regenwaldes abgeholzt, pro Jahr ist das mehr als die Fläche von Griechenland. Mehr als ein Viertel aller Wälder weltweit sind bereits vernichtet, und die Fähigkeit der Selbstregulierung der Biosphäre droht immer mehr zusammenzubrechen. Bereits jetzt erleben wir die Vorboten einer globalen Umweltkatastrophe wie z.B. die Jahrhundertflut 2013, die ganz Mitteleuropa und auch große Teile Deutschlands betraf. Um die Welt noch zu retten, müssen die von der Umweltkatastrophe betroffenen Menschen das Ruder selbst übernehmen! Die Großunternehmer, die mit der systematischen Zerstörung der Umwelt Milliarden verdienen, werden den notwendigen radikalen Politikwechsel nicht in die Hand nehmen.

### **System Change, not Climate Change!**

Um dauerhaft im Einklang mit der Natur leben zu können, müssen wir nicht zu einer mittelalterlichen Lebensweise ohne jeglichen Wohlstand und Komfort zurückkehren, wie es uns manche selbst ernannten

Ökospezialisten weismachen wollen. Die Bedingungen für die Vereinbarung von moderner Produktion, von Wohlstand und Umweltschutz hat der Kapitalismus selbst geschaffen: Es gibt Technologien, mit denen Energien umweltschonend gewonnen werden können. Eine Produktion ohne Zerstörung der Umwelt ist längst möglich, nur lohnt es sich nicht, diese Technologien im kapitalistischen System auch zu nutzen. Was wir dafür brauchen, ist ein Wirtschaftssystem in dem nicht in chaotischer, unkontrollierter Weise spekuliert und produziert wird, und in dem nicht der Profit der Großunternehmer die wichtigste Planziffer ist. Das ist nur möglich, wenn die gesamte Wirtschaft planmäßig an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen und der Vereinbarkeit mit dem Leben zukünftiger Generationen auf der Erde ausgerichtet ist. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass wir in Zukunft in einer Welt leben, in der es Einzelnen nicht mehr möglich ist, auf Kosten der Allgemeinheit ein Leben im Überfluss zu führen, und dabei die Umwelt zugrunde zu richten. Es ist an der Zeit, dass wir, diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum und Profit erst möglich machen, auch entscheiden, was damit passiert und alle Bereiche der Gesellschaft gestalten: Von der Ernährung der Menschheit, über die Versorgung von Alten und Kranken, bis hin zum Erhalt der Umwelt für zukünftige Generationen. Lasst uns ein System schaffen, in dem die Wirtschaft unter der Kontrolle der gesamten Menschheit, für die gesamte Menschheit produziert – im Einklang mit der Natur. Eine Welt in der Hand der Arbeiter, ohne Ausbeutung, Armut, Unterdrückung und Krieg ist möglich!

*Dieses System heißt Sozialismus!*





**UNSERE  
SOLIDARITÄT**  

---

**GEGEN IHRE WELT**









# UNSERE --- KÄMPFE

# UNSERE KÄMPFE

## FÜR EIN ENDE DER ZERSPLITTERUNG DER ARBEITERINNENKLASSE!

### EINE ANALYSE DER KLASSENFRAGE

Roter Aufbau Hamburg

Das deutsche Kapital hat aus den bisherigen Klassenkämpfen seine Lehren gezogen und setzt vermehrt auf Individualisierung, ideologische Integration und Ausbau eines Sicherheitsstaates. Dabei ist die Entfesselung des Überwachungs- und Sicherheitsstaates mit der ökonomischen Deregulierung und dem Abbau des Sozialstaates zu verstehen, damit sollen die am stärksten benachteiligten Gruppen kontrolliert und Vorbereitungen für zukünftige Klassenauseinandersetzungen getroffen werden.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Arbeitswelt rasant entwickelt. Der Produktionssektor ist längst nicht mehr die dominierende Arbeit in Deutschland. Es hat sich ein riesiges Heer an Dienstleistern gebildet. Moderne Arten der Arbeit versuchen gerade Freizeit und Arbeit so sehr zu verkoppeln, dass die Menschen ihre Arbeit ständig im Kopf haben, sich mit dem Konzern identifizieren und sich gern ausbeuten lassen. Die Arbeit wird immer mehr flexibilisiert, weshalb die Menschen oft ihr Sozialleben der Arbeit unterordnen müssen. Schichtpläne ändern sich wöchentlich, das Arbeitspensum täglich. Aber auch die Intensität der Arbeit ist enorm gestiegen; so versucht das Kapital jedes Zucken der Arbeitskraft auszupressen. Im Rahmen von der Industrie 4.0 sollen Menschen, Maschinen, Anlagen, Logistik und Produkte miteinander kommunizieren und kooperieren, die Produktion soll sich in Zukunft somit immer unabhängiger von menschlichen Einflüssen werden.

Neben der Individualisierung der Arbeitsverträge gibt es auch Brüche und Aufsplitterung von Beschäftigungsverläufen. Diese Entwicklungen führten zu einer Zersplitterung in Niedriglohnsektoren. Konkret wurde mit dem Abbau der Industrie in den imperialistischen Zentren der Zerfall und die Vertiefung der inneren Spaltung der arbeitenden Klasse manifestiert. Klassische Arbeiterviertel wurden aufgewertet und damit zerschlagen, so wurde das Rückgrat der Gemeinschaft gebrochen. Dies führte vielerorts zum Rückzug der Menschen in die Privatsphäre. Das Gefühl des unaufhaltsamen Abstiegs, der Verlust ihrer kollektiven Würde, ihr „Fallengelassenwerden“ von den linken Parteien und schließlich ihr fast vollständiges Verschwinden von der politischen Bühne spiegelt die Lage der ArbeiterInnenklasse in Deutschland wieder.

Die ArbeiterInnenklasse ist trotz ihrer defensiven Position immer noch die gesellschaftliche Kraft, die im Stande ist den Kapitalismus in seinen empfindlichen Achsen, der Mehrwertproduktion, anzugreifen und die Maschinerie zu stoppen. Ohne Produktion kein Profit und schon bricht das Kartenhaus in sich zusammen. Besonders verheerend wird es, wenn Schlüsselindustrien stillstehen. Als in Frankreich die Raffinerien bestreikt wurden, sah der Staat sich genötigt, dies mit der Drohung eines militärischen Einsatzes zu unterbinden. Wollen wir das System an seinem Lebensnerv treffen, dann muss eine emanzipatorische und revolutionäre Bewegung sich immer noch in der Arbeiterklasse verankern. Sie bringt in ihrer historischen Rolle die ökonomischen und politischen Interessen der überwiegenden



Mehrheit der Werktätigen unter dem Kapitalismus zum Ausdruck, da ihr einziges Interesse ist, sich und damit alle Klassen, aufzuheben.

Außerdem besteht in betrieblichen Kämpfen durch unsere Intervention die Möglichkeit, dass die KollegInnen den Klassenwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital als unversöhnlich begreifen. Jeder Cent, den wir mehr verdienen, wird dem Kapital entrissen; unsere Niederlagen sind ihre Siege. In gemeinsamen Kämpfen lernen die verschieden beschäftigten ArbeiterInnen, dass ihre privaten Probleme meistens gar nicht so individuell sind, sondern unsere Klasse oft die gleiche Bürde trägt und ihnen kann damit bewusst wird, dass sie eine Klasse sind. Das Kapital versucht gerade durch Individualisierung auf der Arbeit und der Zerschlagung der klassischen Arbeiterviertel diese kollektive Erfahrung zu unterbinden. Wenn jedoch einmal erkannt wurde, dass wir nicht freischwebende Individuen sind, sondern eine Klasse, dann können wir uns auch verteidigen und sogar zum Angriff für unsere Interessen übergehen. Hierbei müssen wir vor allem auch die Erwerbslosen einbinden. Wer keiner Lohnarbeit nachgeht wird als SozialschmarotzerIn gesellschaftlich ausgegrenzt und kann durch seine Armut auch an vielen gesellschaftlichen Ereignissen gar nicht mehr teilnehmen. Eine Abwärtsspirale von Scham, Ausgrenzung und sich Aufgeben setzt oftmals ein und erschwert den Wiedereinstieg in die Verwertungsmaschinerie. Arbeitslosigkeit ist dabei kein rein individuelles Scheitern, der Kapitalismus braucht einfach viel weniger Menschen für seine Produktion. Zudem wird durch Arbeitslosigkeit der Druck auf die noch Werktätigen erhöht. In ähnlicher Weise werden Flüchtlinge benutzt, um eine Spaltung weiter zu forcieren. Mit jedem ankommenden Flüchtling steigt folglich auch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Wir können nur durch unsere Solidarität dieser Konkurrenz entgegentreten, indem wir die ankommenden Menschen in gemeinsame Kämpfe integrieren. In gemeinsamen Kampagnen von „Arbeitslosen“, Flüchtlingen und ArbeiterInnen können wir die Logik der Konkurrenz untereinander um einen Job untergraben und aufzeigen, dass unsere gesamte Klasse ein Interesse am Umsturz der Verhältnisse hat. Dabei müssen wir klar machen, dass nicht die am schlimmsten Betroffenen des Kapitalismus an dem Elend in Deutschland Schuld sind. Es sind nämlich deutsche Unternehmen, die Jobs wegrationalisieren oder der deutsche Vermieter, der die Miete erhöht. Wir dürfen weder die Straßen, Betriebe noch die Stammtische dem rechten Gesindel überlassen!

Jenseits von Arbeiterfetisch und romantischen Vorstellungen von der ArbeiterInnenklasse ist uns klar, dass auch unsere Klasse vom Kapitalismus ideologisch verblendet ist. Unsere Aufgabe besteht aktuell darin, ein Klassenbewusstsein und auch Klassensolidarität zu wecken. Auch wenn diese Arbeit linken Befindlichkeiten widerspricht, weil die Adressaten unserer Politik nicht den Szenecodes oder den Sprachgebrauch teilen, dennoch ist dies der einzige Weg Stück für Stück aus der linken Szene auszubrechen und eine wirkliche gesellschaftliche Bewegung zu entflammen.



### Was sind Klassen?

Lenin hat in dem Werk „Die große Initiative“ eine Definition erstellt, welche auch Heute noch aktuell ist: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich von einander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“ Die Arbeiterklasse ist also nicht im Besitz der Produktionsmittel und muss für ihren Lebensunterhalt ihre Arbeitskraft verkaufen. Auch sind ihre Angehörigen in keinen leitenden Funktionen, welche die Überwachung und Gestaltung der Produktion steuern und dadurch ihnen eine gesellschaftliche Machtposition verleihen würde. Außerdem eignen sie sich den gesellschaftlichen Mehrwert nicht an, sondern produzieren ihn. Zur ArbeiterInnenklasse gehören auch die Personen, welche dem ersten Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen oder ganz aus dem Verwertungskreislauf herausfallen.



Foto: beobachternews

## REVOLUTIONÄRER ANTIFASCHISMUS

### ODER: WAS HAT ANTIFASCHISMUS MIT ANTIKAPITALISMUS ZU TUN

Siempre Antifa Frankfurt

**Als Betätigungsfeld für Antifaschisten sehen wir drei verschiedene Bereiche an, die miteinander zusammenhängen und sich wechselseitig beeinflussen. Bevor wir auf diese drei Tätigkeitsfelder bzw. Akteure eingehen, möchten wir kurz die Situation beschreiben, in der jene wirken.**

#### I Entwicklungen der Weltpolitik

Die globale kapitalistische Ökonomie ist durch das Ringen verschiedener imperialistischer Mächte um Einfluss gekennzeichnet. Zunehmend steigt die inner-imperialistische Konkurrenz und damit die Kriegsgefahr. Die militärisch forcierte Durchsetzung kapitalistisch-staatlicher Interessen hinterlässt massive Verheerungen und zerfallende oder gescheiterte Staaten. Dafür werden Milizen in den zerfallenden Staaten durch die imperialistischen Mächte auf- und abgerüstet. Failed states und bewaffnete Milizen bilden wiederum ein erhebliches Potential für reaktionäre Bewegungen. Aus diesen zerstörten Regionen fliehen Millionen Menschen.

**Daraus folgt für die antifaschistische Arbeit:**

1. Eine klare Haltung gegen die Kriegspolitik der imperialistischen Staaten
2. Solidarität mit Flüchtlingen als antiimperialistischer Antirassismus
3. Antira und Antifa sind nicht zu trennen
4. Untersuchung der Rolle der reaktionären Bewegungen als Konterrevolutionäre und ihrer Funktion im „tiefen Staat“

#### II Die Krise des Kapitalismus und die soziale Frage

Mit Agenda 2010 und staatlicher Sicherheitspolitik verschlechterten sich sozial die Lebensrealität insbesondere für den arbeitslosen und niedrig entlohnenden Teil der Klasse und politisch die Ausgangsbedingungen für revolutionäre Arbeit. Die globale Krise des Kapitalismus seit 2008 führte zur drastischen Verschärfung der Lebenslage der unteren Klassen in den Peripherien Europas. Die bürgerliche Mitte spaltete mit Feindbildern die europäische Arbeiterklasse und integrierte die hiesige Bevölkerung (standort-)nationalistisch, über ethnisch aufgeladene Kriminalitätsdiskurse und die weitgehend anti-muslimisch ausgerichtete Terrorhysterie. In dem Maße, wie die Krisenverwaltung der Herrschenden durch die Massen in Frage gestellt wird, löst diese Aufgabe inzwischen jedoch zunehmend die Rechte, indem sie reale Sorgen und Ängste und die Wut über das System gegen Minderheiten richtet. Klassengesellschaften, zumal in Krisenzeiten, bilden einen idealen Nährboden für Irrationalismen aller Art. Fatal ist, dass es seitens der revolutionären Linken wenig Ansätze gibt, sich mit vom sozialen Abstieg bedrohten ArbeiterInnen zu organisieren und gemeinsam zu kämpfen. In ländlichen Gebieten ist jene meist ganz abwesend. So bleiben Ansätze zu Gegenwehr reformistisch und das restliche Terrain wird den Rechten überlassen.

#### III Unsere Ausgangssituation und die Gegner antifaschistischer Arbeit

##### 1. Organisierte Neofaschisten

Faschisten bedeuten immer Gefahr für Leib und Leben aller, die nicht in ihr faschistisches Weltbild passen. Das umfasst uns, ihren politischen Gegner, sowie alle, die sie für unnütz oder minderwertig halten. Faschisten greifen nicht die herrschenden Eigentumsordnung an, sondern diejenigen, die deren reibungslosen Vollzug im Wege stehen. Wir müssen ihnen daher entgegentreten und gegen sie vorgehen, wo ihre Strukturen sind, wo sie wirken, wo sie den öffentlichen Raum beanspruchen. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass wir faschistische Herrschaft niemals unterschätzen dürfen. Es ist ein gravierender Unterschied, ob ein bürgerlich-parlamentarisches System autoritär umgeformt wird oder Herrschaft offen terroristisch ausgeübt wird, wenn Faschisten die Macht übernehmen. Zwar werden organisierte NS-Faschisten von Teilen des Repressionsapparates unterstützt, für das Kapital sind sie momentan aber nur sehr begrenzt nützlich. Insofern





ist eine Machtübernahme zurzeit unwahrscheinlich. Dieser Gegner kann daher durch klassische Antifaarbeit, verstanden als Recherche, Outing, Öffentlichkeitsarbeit und direkte Aktion, weiterhin bekämpft werden. Schon in den Teilen Deutschlands, in denen NS-Faschisten nicht gänzlich unpopulär oder in das soziale Leben integriert sind, reicht diese Methodik allein jedoch nicht mehr aus.

## 2. Der bürgerliche Staatsapparat

Die kapitalistische Produktionsweise und der sie schützende Staat sind auf dreierlei Ebenen mit dem Faschismus verbunden. Erstens unterstützt der Staatsapparat, wie im Fall NSU, faschistische Gruppierungen, wenn es ihm nützlich erscheint. Während Faschisten kaum Einfluss auf den Staat haben, hat dieser hingegen großen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der Faschisten. Institutioneller Rassismus ist eine andere Spielart dieser Verbindung. Zweitens basiert die bürgerliche Gesellschaft auf Ausbeutung und ist selbst im Kern rassistisch und patriarchal und prinzipiell zum Faschismus fähig. Drittens organisieren imperialistische Staaten faschistische Praxis im Ausland. Eine Verengung des Blickwinkels auf traditionelle NS-Faschisten vergisst, dass zentrale Entwicklungen hin zu Austeritätspolitik und Autoritarismus ganz ohne deren Zutun bereits Wirklichkeit sind.

Die Strategien der herrschenden Klasse, die innere und äußere, technologische, apparative und rechtliche Aufrüstung entwickeln sich unabhängig von einzelnen Regierungswechseln. Die Ausweitung der Befugnisse der Repressionsorgane erschwert linke und damit auch antifaschistische Arbeit. Aus diesem Grund kann Antifa nur radikal antikapitalistisch und nicht-staatlich sein.

## 3. Neue Rechte / AfD

Vor diesem Hintergrund ist die AfD ein sehr gefährlicher Gegner. Bei ihr handelt sich um eine Partei, die die gesellschaftliche Entwicklung des Rechtsrucks ebenso wie die Faschisierung der Staatsapparate drastisch verschärfen wird, sobald sie zu staatlichen Macht- und Verwaltungsstrukturen Zugang hat. Schon jetzt betreibt sie massiv Anti-Antifa Arbeit. Sie ist sozusagen die Vermittlungsebene zwischen Staat und Faschisten. Sie ist schon jetzt zumindest für Teile der Herrschenden interessant und kann deren Option werden, wenn sich die Krisenentwicklung auch hier zuspitzt und in der Folge die Zustimmung zu etablierten Parteien und Politikmodi schwinden. In dem Maße, in dem sich der bürgerliche Diskurs nach Rechts verschiebt, versagen Konzepte, die auf eine Marginalisierung des politischen Gegners setzen. Im Gegenteil haben wir es derzeit mit der AfD und anderen Gruppen der Neuen Rechten mit einem politischen Gegner zu tun, der sich diskursiv neu aufgestellt und sich in der Öffentlichkeit bei kulturalistisch-rassistischer, nationalistischer und frauenfeindlicher

Agenda erfolgreich als moderne, bürgerliche Partei verkaufen kann und damit bis weit in die politische Klasse Sympathie genießt. Es handelt sich um eine Partei, die in jeder Hinsicht reaktionär ist und die offen und aggressiv die Interessen der Kapitalistenklasse vertritt, gleichwohl sie von einer diffusen Anti-Establishment-Stimmung profitiert. Sie findet Wähler sowohl bei den sozial Abgehängten wie bei Bessergestellten. Kurz gesagt: klassische Antifa-Methoden reichen zu ihrer Bekämpfung nicht aus.

## IV Strategische Überlegungen

Antifa ist, wie die gesamte Linke, heute weitgehend reaktiv. Eine kluge Strategie ist notwendig, die linke Kernfragen thematisiert und eine breite Mobilisierung vorbereitet. Diesem Gegner ist auf unterschiedlichen Ebenen und mit verschiedenen Mitteln zu begegnen – Militanz ist nur eines davon – und dafür ist zunächst jeder willkommen. Aufpassen müssen wir allerdings, dass wir uns nicht von einem staatstragenden Antifaschismus blenden und vereinnahmen lassen, der in der Führung von bürgerlichen Parteien einen Bündnispartner und insbesondere im Projekt Rot-Rot-Grün einen Ausweg aus der Misere sieht, denn jene Parteien sind selbst für Rechtsentwicklung und Krisenverwaltung und damit für den Aufstieg der Rechten verantwortlich. Unsere Aufgabe ist nicht, den etablierten Parteien bei der Zurückdrängung ihrer noch rechten Konkurrenz behilflich zu sein. Antifaschismus muss radikal sein, um nicht für die Imagepflege des Standorts Deutschland vereinnahmt zu werden. Antifaschismus muss revolutionär sein, um im Krisenstadium des Kapitalismus eine radikale Alternative statt einer falschen Wahl zwischen rechts und rechts-radikal zu vertreten. Aufgrund der sozialen Polarisierung erscheint es uns als Aufgabe, die Zusammenhänge zwischen Staat, Kapital und den sozialen Ursachen von Faschismus stärker zu vermitteln und Antifaschismus inhaltlich, gegen das kapitalistische System, auszurichten. Dabei geht es vor allem um radikale Widerständigkeit und soziale Kämpfe im Alltag, dort, wo sich Herrschaft materialisiert und reproduziert. So kommen wir vom rein defensiven Abwehrkampf in die Offensive, zum Kampf für unsere eigenen Interessen.

Unsere Aufgabe erfordert ein klassenanalytisches Verständnis der Widersprüche, ein Verständnis der herrschenden Interessen, eine radikale Parlamentarismuskritik, stärkere Klassensolidarität und ein Konzept für Basisorganisation jenseits der bestehenden Organisationen und für Gegenöffentlichkeit und Gegenmacht von unten. Der bevorstehende G-20 Gipfel ist ein Gradmesser dafür, inwiefern es dem Staat gelingt, die Linke zu schwächen oder es uns gelingt, Massenmobilisierung zu betreiben, d.h. die Bevölkerung im Kampf gegen den zu erwartenden Ausnahmezustand einzubeziehen.

# DIE BEDEUTUNG DER G20

## NUR EIN FOTOSHOOTING AUF DEM ROTEM TEPPICH ODER KNALLHARTE WELTREGIERUNG

Arbeitskreis Internationalismus Stuttgart

In den letzten Jahrzehnten hat sich das globale Kräfteverhältnis zwischen Staaten und Machtblöcken stark verändert. Die G7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Großbritannien, USA) haben an Einfluss verloren. Gleichzeitig haben die sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und weitere Schwellenländer an Eigenständigkeit und wirtschaftlicher Stärke dazugewonnen. Die Interessenunterschiede innerhalb der G20 sind daher auch deutlich größer als bei den separaten G7-Treffen, da noch mehr Staaten, Machtblöcke und Institutionen mit- und untereinander um Einfluss buhlen. Die G7-Staaten agieren deshalb innerhalb der G20 als eigenständiger Machtblock mit einem gemeinsamen Ziel: Die Aufrechterhaltung ihrer abnehmenden - aber immer noch existenten Vormachtstellung in der Welt.

Die erstarkenden Schwellenländer und BRICS-Staaten sollen nicht zu einer den Profit der westlichen Mächte ernsthaft bedrohenden Konkurrenz werden. Die Plattform der G20-Gipfeltreffen bietet dabei die Möglichkeit, aufkommende Differenzen diplomatisch zu lösen oder zumindest abzumildern.

Der G20-Gipfel ist sowohl symbolischer Fototermin, als auch ein Treffen der Machtelite. Mit den bekannten Gruppenfotos soll nach außen hin die Geschlossenheit der Gipfelkonferenz dargestellt werden. Es ist aber auch ein Treffen von untereinander konkurrierenden Staaten. Sie verfügen über die einflussreichsten Konzerne und immensen politischen Einfluss. 13 Länder der G20 führen die oberen Plätze im Global Firepower Index, der die mächtigsten Armeen und höchste militärische Ausrüstung auflistet.

### *Krieg und Militarisierung als Instrument der Profitsicherung und des Klassenkampfes*

Die G20-Staaten sind nicht nur wirtschaftlicher Motor der kapitalistischen Weltwirtschaft. Sie umfassen im weltweiten Vergleich die Länder, die am meisten Rüstungsgüter produzieren und exportieren. Das kommt nicht von ungefähr: Die Aufrüstungs- und Kriegspolitik der G20-Staaten ist ein zentrales Werkzeug zur Eroberung neuer Ausbeutungsgebiete, der Sicherung und Kontrolle von Handelswegen und zur Rohstoffausbeutung. Paradebeispiel dafür ist die militärische Intervention im Irak 2003. Bei dem, nachweislich mit einer Lüge begonnenen, Krieg ging es nicht um eine Demokratisierung, sondern um die Kontrolle über die riesigen Öl- und Gasvorkommen des Landes. Und wäre Syrien ein kleiner Inselstaat irgendwo im Pazifik, wäre der Krieg vermutlich längst beendet. Dass der Krieg seit Jahren andauert und bereits hunderttausende Todesopfer und Millionen Flüchtlinge gefordert hat, liegt daran, dass verschiedene Länder und Machtblöcke in einem Stellvertreterkrieg, um die Hegemonie und den Einfluss in der geostrategisch bedeutenden Region kämpfen.

Mit der Stationierung von Bundeswehrsoldaten und Luftabwehrraketen an der Grenze zu Syrien im Herbst 2016 ist auch Deutschland

in den Club der Krigsakteure in Syrien mit eingestiegen. Die militärische Aufrüstung der Erdogan-Diktatur mit deutschen Waffen ist eine weitere Beteiligung Deutschlands an Kriegsverbrechen der türkischen Armee in der Region. Doch nicht nur im Nahen und Mittleren Osten setzt Deutschland auf Krieg zur Durchsetzung eigener weltpolitischer Machtansprüche. Die Bundeswehr ist aktuell mit 3.200 Soldaten an 20 Auslandseinsätzen beteiligt. Ob in Mali, Kosovo, Afghanistan oder im Sudan – Deutschland will mit militärischen Interventionen die eigene Position im globalen Kräftering ausbauen und neue Expansionsmöglichkeiten für das deutsche Kapital schaffen.

Während die Bundeswehr verstärkt im Ausland eingesetzt wird, intensiviert sich auch die Militarisierung im Inland. Polizei und Militär werden aufgerüstet, der Militärhaushalt erhöht, Geheimdienste und Überwachungssysteme weiter ausgebaut. All das sind Instrumente der herrschenden Klasse zur effektiven Bekämpfung von Aufständen und Protestbewegungen. Es ist klar, dass wir heute nicht vor einer revolutionären Umwälzung der Verhältnisse stehen. Dennoch rüsten sich die Herrschenden schon heute für kommende Aufstände und bereiten sich bestmöglich auf die Bekämpfung breiter klassenkämpferischer Bewegungen vor.

Die Militarisierung durchdringt dabei das ganze öffentliche Leben. Die Bundeswehr wirbt auf Youtube, im Radio und im Kino. Mit 94 hauptamtlichen Jugendoffizieren geht die Bundeswehr auf Werbetour an Schulen und möchte sich als attraktiven Arbeitgeber mit hohen Gehältern etablieren. Gleichzeitig werden Einsatzkräfte in der Polizei massiv aufgerüstet. Spezialeinsatzkommandos SEK und Mobile Einsatzkommandos MEK werden mit militärischen Waffen und Ausrüstung bestückt. Diese Spezialeinheiten sollen in absoluten Ausnahmesituationen, wie bei Terroranschlägen, reaktionsfähig sein. In der Realität sind sie ein aktiver Teil der alltäglichen Polizeieinsätze. Auch die Beweis- und Festnahmeinheit BFE der Polizei wird zu BFE-Plus aufgerüstet. Ihr Equipment gleicht der einer militärischen Spezialeinheit. Damit findet eine Verschmelzung polizeilicher Strukturen mit dem Militär statt. Das umfasst auch taktisches Schusswaffentraining mit Sturmgewehren und Häuserkampf in städtischen Szenarien. Bis Sommer 2017 sollen insgesamt 250 BFE-Plus Beamte ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Beispiele, wo schon heute die Bundeswehr im Inneren eingesetzt wurde, sind der G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm oder die jährlichen Treffen der NATO-Sicherheitskonferenz in München.

Der Sicherheitsapparat der herrschenden Klasse mit Polizei, Armee und Geheimdiensten erfüllt also zwei zentrale Funktionen. Zum einen geht es um Abschreckung und den Schutz nach außen, sowie militärische Interventionen um Einfluss und Profitsicherung in anderen Ländern. Zum anderen ist der Sicherheitsapparat ein Instrument der Macht- und Herrschaftssicherung im Inland gegen alle Widerstandsbewegungen mit antikapitalistischer Ausrichtung.

Im erbitterten Konkurrenzkampf der Großmächte sind imperialistische Kriege und eine weitere Militarisierung unvermeidlich. Innerhalb des Kapitalismus kann es keinen Zustand permanenten Friedens geben. Der Aufbau einer wirkungsvollen Antikriegsbewegung kann also auch nur in Verbindung mit einer antikapitalistischen Perspektive erfolgreich sein.

### *Den antikapitalistischen Antimilitarismus organisieren*

Es sollte nicht verwundern, dass wir keine Hoffnungen in Appelle oder Onlinepetitionen mit Forderungen an die Regierenden setzen. Wir sind auch keine PazifistInnen, die jede Form des bewaffneten Kampfes ablehnen. So wären z.B. die antikolonialen Befreiungskriege, ob in Afrika oder Lateinamerika, oder der Kampf der Volksver-

# UNSERE KÄMPFE

teidigungseinheiten der YPG/YPJ in Rojava gegen den Islamischen Staat und andere reaktionäre Kräfte nicht vorstellbar ohne militärische Gewalt. Immer wieder gibt es auch AntimilitaristInnen, die mit einer handfesten Bearbeitung von Kriegsgerät dafür sorgen, dass dieses auf dem Schrottplatz landet und in anderen Ländern keinen Schaden mehr anrichten kann.

Antikapitalistischer Antimilitarismus beinhaltet neben der Arbeit gegen imperialistische Angriffskriege auch den Kampf gegen die innere Militarisierung. Hierfür müssen antimilitaristische Strukturen aufgebaut und etabliert werden, die ereignisunabhängig und kontinuierlich arbeiten.

Für uns gibt es viele Möglichkeiten antimilitaristische Praxis zu organisieren: Indem man den Kriegstreiber, dort wo sie sich öffentlichkeitswirksam präsentieren und medial ihre Kriegspropaganda nach außen tragen wollen, ihre Plattform nimmt. Indem Aktivitäten und Gegenproteste geplant werden, wenn die Bundeswehr an Schulen, Messen oder Jobcenter kommt. Indem Störaktionen gegen Bundeswehreinätze im Inneren und den Ausbau der polizeilichen und militärischen Sicherheitsarchitektur der Herrschenden organisiert werden. Oder indem man deutsche Banken und Konzerne angeht, wenn diese von Kriegen und Rüstungsgeschäften profitieren.

Imperialistische (Kriegs-)Politik bedeutet für Millionen Menschen Unterdrückung, Hunger und Krieg. Warum sind viele Regionen von Kriegen zerrüttet die tausende Todesopfer fordern und Millionen zur Flucht zwingen? Warum exportiert der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall eine Panzerfabrik in die Türkei trotz staatlicher Unterdrückung der Opposition und Massakern an der Zivilbevölkerung? Warum zählen Aktien bei Rüstungskonzernen zu den sichersten und profitabelsten Anlagen für Aktionäre? Warum werden jedes Jahr über 1500 Milliarden Euro für die Rüstung ausgegeben? Warum wird dieses Geld nicht dafür verwendet zu verhindern, dass alle fünf Sekunden ein Kind an Hunger oder heilbaren Krankheiten stirbt? Bertold Brecht bringt es auf den Punkt: „Es wird solange Kriege geben, solange es noch einen Menschen gibt, der daran verdient“. Solange Konzerne einer kleinen Minderheit gehören und für deren Profite und nicht für gesellschaftliche Bedürfnisse und Wohlstand produzieren, wird es keinen Frieden geben. Solange Firmeneigentümer, Banker und Aktionäre mit Kriegen Profite einfahren, wird es keinen Frieden geben. Das heißt der antimilitaristische Kampf ist auch der Kampf für eine solidarische Gesellschaft abseits von Profitmaximierung, Spaltung und Konkurrenz.

## *Für einen proletarischen Internationalismus*

Für uns ist es naheliegend, dass wir uns in dem Land und der Stadt politisch organisieren, wo wir leben und die Gegebenheiten kennen.

## FRAUENBEFREIUNG

**„DER GRAD DER WEIBLICHEN EMANZIPATION IST DAS NATÜRLICHE MASS DER ALLGEMEINEN EMANZIPATION“ (KARL MARX 1846)**

Antifaschistische Revolutionäre  
Aktion Gießen

Doch im Aufbauprozess einer antimilitaristischen und internationalistischen Bewegung müssen wir unseren Blick über den lokalen Tellerrand werfen. Der Kapitalismus ist weltumspannend und das Kapital agiert international. Die Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen, Kriegsvorbereitungen und das Hochrüsten der Sicherheitsapparate geschehen nicht nur im nationalen Rahmen. Gegen diesen kapitalistischen Normalzustand kämpfen Menschen auf der ganzen Welt. Wenn indigene Stämme in North Dakota - USA gegen den Bau einer Pipeline kämpfen, welche ihre Wasserversorgung bedroht und ganze Landstriche zerstört, dann sind wir diesem Kampf verbunden. Wenn in Afghanistan Frauen der RAWA (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan) seit Jahrzehnten für Frauenrechte und gegen Besatzung kämpfen, dann sind wir diesem Kampf verbunden. Wenn sich in der hauptsächlich von KurdInnen bewohnten Region Rojava/Nordsyrien die Menschen in Rätestrukturen zusammenschließen und auch militärisch die Errungenschaften der Revolution verteidigen, dann sind wir diesem Kampf verbunden.

Wir sehen es als unsere Aufgabe internationale Solidaritätsarbeit zu organisieren und revolutionäre Bewegungen gegen die bestehenden kapitalistischen Zustände zu unterstützen. Proletarischer Internationalismus heißt dabei ganz konkret die Bezugnahme auf die unterdrückten ArbeiterInnenklassen anderer Länder und den Klassenkampf im eigenen Land. Dabei sollten wir uns nicht auf verbale Solidaritätsbekundungen beschränken, sondern im Rahmen der Möglichkeiten die Solidarität praktisch werden lassen. Dass kann zum Beispiel das Sammeln von Geldern sein, materielle Unterstützung oder Öffentlichkeitsarbeit. Gleichzeitig dürfen wir uns nicht in der Solidaritätsarbeit verausgaben, sondern müssen diese immer in einem Verhältnis zu unserer Hauptaufgabe sehen: Den Aufbau von antimilitaristischen und internationalistischen Strukturen in Deutschland und der Kampf gegen den deutschen Imperialismus. Diesen Kampf sehen wir ganz konkret als Teil im Aufbau von Gegenmacht. Unsere Perspektive einer antikapitalistischen Gesellschaft kann nur dann entstehen, wenn wir den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse vor Ort führen, die Rolle Deutschlands und seiner Helfer in den jeweiligen Konflikten entlarven und angreifen.

Mit FreundInnen aus Deutschland und aller Welt werden wir den G20-Kriegstreibern einheizen und den deutschen Militarismus inhaltlich und praktisch thematisieren. Wir sehen uns in Hamburg!

***Nur die internationale Solidarität kann eine wirksame Gegenmacht stärken!***

## ***Geschlechtersozialisierung***

*„Wir werden nicht als Frauen geboren, wir werden dazu gemacht“ (Simone de Beauvoir 1951)*

Von der Geburt an wird ein Mensch je nach Geschlechtszuteilung sozialisiert und in starre Geschlechterrollen gedrängt; beispielsweise durch eine unterschiedliche Erziehung zum Sauberkeitsbewusstsein oder durch geschlechtsspezifisches Spielzeug. Kinder lernen schnell was es bedeutet ein Mädchen oder ein Junge zu sein und welche Erwartungen an diese Geschlechterrollen bestehen. Ab ihrem sechsten Lebensjahr gehen Kinder davon aus, dass es nur zwei Geschlechter gäbe. Weiblichkeit und Männlichkeit bleiben Identitätsschablonen. Abweichungen sind in dieser Gesellschaft zwar denkbar, aber nur schwer auszuleben.

In einer zweigeschlechtlich organisierten Gesellschaft werden Frauen und Männern unterschiedliche Eigenschaften zugeschrieben und als ‚natürlich‘ wahrgenommen. So werden Frauen ab- und Männer





aufgewertet: Frauen seien emotional, passiv und schwach, während Männer rational, der Logik verbunden und handlungsfähig seien. Dadurch wird der Anschein erweckt, ‚männliche Eigenschaften‘ seien erstrebenswerter. In einer auf diese Weise patriarchal organisierten Gesellschaft, wird Frauen durch ihre Rollenzuweisung eine untergeordnete Position zugeteilt. Gegen den Trugschluss, Frauen seien bereits gleichberechtigt, gilt es daher nach wie vor anzukämpfen.

### **Just married - Kapitalismus und Patriarchat**

Der Kapitalismus und das Patriarchat führen eine erfolgreiche Ehe und beuten Frauen im doppelten Sinne aus: Zum einen durch Lohnarbeit, zum anderen durch unbezahlte Reproduktionsarbeit (Erziehungs-, Haus- und Betreuungsarbeit). Auf diese Sorgearbeit ist der Kapitalismus nach wie vor angewiesen, um eine Gesellschaft aufrecht zu erhalten, die sich der Profitlogik verschrieben hat.

Frauen gehen häufig prekären Beschäftigungen nach: sie arbeiten in Teilzeit und sind stark in unterbezahlten Branchen vertreten. Den Arbeitsbereichen in denen überwiegend Frauen vertreten sind, wird gesellschaftlich weniger Wert beigemessen. Das macht Frauen für kapitalistische Ausbeutung besonders attraktiv. Auch für die gleiche Arbeit, wie ihre männlichen Kollegen, verdienen Frauen durchschnittlich 22% weniger. Dennoch herrscht gesellschaftlich die Vorstellung von Chancengleichheit. Würden Frauen hart genug arbeiten, bekämen sie ihr Stück vom Kuchen. Scheitern sie in dieser Leistungsgesellschaft, tragen sie die Schuld allein. Die verantwortlichen patriarchalen und kapitalistischen Strukturen werden ignoriert. Diese halten Frauen und insbesondere Mütter, die sich in heterosexuellen Beziehungen befinden, sowie geschiedene Frauen in finanzieller Abhängigkeit von Männern.

Die Reproduktionsarbeit wird nach wie vor überwiegend von Frauen verrichtet, im Schnitt erledigen sie am Tag 100 Minuten mehr Haus- und Betreuungsarbeit als Männer. Demzufolge sind Frauen überproportional im privaten Bereich vertreten, während Männern in der öffentlichen Sphäre die vergleichsweise privilegierte Position der Lohnarbeit zukommt. Diese ist gesellschaftlich überbewertet und wird nur dadurch möglich, dass die lebenserhaltende und lebensentwickelnde Reproduktionsarbeit verrichtet wird. Dadurch, dass Frauen diese übernehmen, muss sich weder Staat noch Kapital darum kümmern. Dies ermöglicht, insbesondere den Frauen, aber auch gesamtgesellschaftlich der Klasse der Lohnabhängigen, weniger vom Mehrwert abzugeben.

### **Sex sells - Frauenkörper als Marke**

„Nur dann wenn wir unseren Körper richtig scheiße finden, erhöhen wir unsere Kaufkraft, [denn] wir müssen unsere Fuckability-Spanne verlängern“ (Caroline Kebekus 2015)

Durch Werbung und Medien wird ein bestimmtes Bild von Weiblichkeit vermittelt und verkauft: Frauen sollen jung, selbstbewusst und sexuell anziehend sein. Männer dagegen können auch im Alter noch ein sexy Schlitten sein. Um unrealistische Schönheitsideale zu erfüllen, versprechen unzählige Pflegeprodukte Abhilfe. Über 80% aller

Produkte und Dienstleistungen werden in den westlichen Industrienationen von Frauen gekauft. Die patriarchale Kapitalismusmaschine hängt zusätzlich zur Unterbezahlung und der Verrichtung unbezahlter Reproduktionsarbeit von der Kaufkraft von Frauen ab.

### **Gewalt gegen Frauen**

Gewalt gegen Frauen ist alltäglich und dient als zentrales Mittel ihrer Unterdrückung. In Europa erfährt jede dritte Frau Gewalt. Durch psychische, physische, sexuelle sowie strukturelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen werden Patriarchat und männliche Dominanz gesichert. Gewalt gilt gesamtgesellschaftlich als verpönt; in der Realität werden betroffene Frauen jedoch häufig nicht ernst genommen. Das Geschehene wird betont in Frage gestellt. Betroffene müssen sich ihrem Umfeld oder sogar fremden Personen gegenüber ständig erklären. Zudem wird ihnen nach einer Täter-Opfer-Umkehr häufig eine (Mit-)Schuld an sexueller Gewalt unterstellt.

Der imperialistische Kapitalismus ist nach wie vor auf Kriege angewiesen um sich Rohstoffe, Märkte, Macht und damit Profit zu sichern. Um diese Interessen zu verschleiern und die Kriegsführung zu legitimieren, instrumentalisieren westliche Staaten die Unterdrückung der Frau. So wurde die ‚Befreiung der Frau‘ beispielsweise als Zusatzargument für den 2014 für beendet erklärten, jedoch immer noch andauernden, Afghanistan-Krieg angeführt. Dabei nehmen die Imperialist\_innen billigend in Kauf und tragen Verantwortung dafür, dass Frauen im Krieg von massiver Gewalt betroffen sind: Mord, (Massen-)Vergewaltigung als Kriegsinstrument, Vertreibung, Armut, Hunger, sowie Mädchen-/Frauenhandel und Zwangsprostitution sind Folgen kapitalistischer Profitgier.

### **Her mit dem besseren Leben -**

#### **Für einen klassenkämpferischen Feminismus!**

„Frauen, die nichts fordern werden beim Wort genommen – sie bekommen nichts.“ (Simone de Beauvoir)

Solange die Reproduktionsarbeit private und nicht gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, bleibt die Unterdrückung der Frau bestehen. Eine Angleichung von Frauenrechte an Männerrechte bietet in diesem System keine Gleichberechtigung. Erst durch die Überwindung des Kapitalismus kann die Befreiung der Frau verwirklicht werden. Bis dahin werden wir jedoch bereits im Hier und Jetzt für diese Befreiung kämpfen. Dafür brauchen wir einen Feminismus, der sich nicht scheut die soziale Frage zu stellen. Wir wollen einen Beitrag zu einer klassenkämpferischen Frauenbewegung leisten, die das Netzwerk aus Patriarchat und Kapitalismus als Ursache von Frauenunterdrückung erkennt und bekämpft. Dazu können uns internationale Beispiele entschlossener und militanter Frauenkämpfe Vorbild sein, wenngleich wir die hiesigen Verhältnisse berücksichtigen müssen. Der Kampf für die Befreiung der Frau muss zu einem alltäglichen und gleichgewichtigen in der revolutionären Linken werden. Deshalb haben wir den Anspruch jedes Thema aus einer Haltung zu analysieren, die dem Geflecht aus Patriarchat und Kapitalismus unversöhnlich gegenübersteht und dieses nicht aus dem Blick geraten lässt.







# UNSERE PERSPEKTIVE





# UNSERE PERSPEKTIVE

## GEGENMACHT AUFBAUEN!

### WIR MÜSSEN UM UNSERE KLASSE KÄMPFEN!

#### Roter Aufbau Hamburg

Die „Linke“ in Deutschland ist in einem schlechten Zustand. Sie ist gespalten in innere Grabenkämpfe, ergeht sich in Individualismus und Hedonismus. „Links sein“ dient gerade im universitären Umfeld eher der eigenen Identitätspflege, als dass „Linkssein“ eine ernst gemeinte Opposition zu den Herrschenden Verhältnissen bedeutet. Nur wenige radikale Gruppen scheinen ihren politischen Ansatz noch ernsthaft zu verfolgen oder wagen es gar ein Selbstverständnis zu formulieren das über ein undefinierbares „Wir sind eine linke Gruppe“ hinaus geht. Gerade in sogenannten „postautonomen“ Zusammenhängen wird mit Linkssein eine ganz besondere subkulturelle Spielweise gemeint, die sich nicht mehr an Klassenwidersprüchen oder materiellen Verhältnissen orientiert, sondern „poststrukturalistische“ Identitätspolitik betreibt.

Das am meisten verbreitete Konzept zur Überwindung der eigenen Schwäche, ist die Forderung danach eine „Gegenmacht aufzubauen“. Wir bezeichnen in Anlehnung an den italienischen Marxist und Politiker Antonio Gramsci Gegenmacht als den schrittweisen Griff nach der Hegemonie, welcher damit im Widerspruch zur sozialen Macht und politischer Herrschaft des Kapitals steht.

#### Hegemonie und Klassenpolitik

Wir begreifen unsere Gesellschaft als Klassengesellschaft, in der das „Kulturelle Projekt“ der Kapitalistenklasse ihre Vollendung darin gefunden hat, dass sie ihre eigenen Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen definieren und durchsetzen. Die herrschende Klasse ist dabei hegemonial, in dem sie nicht nur die ökonomische Macht besitzt, sondern auch anderen Kräften Zugeständnisse macht und damit eine gewisse Kompromissfähigkeit zeigt. Die hegemoniale Herrschaft ringt also um eine Balance zwischen Elementen des Zwangs und der Konsensfindung. Hegemonie beruht demnach auch auf einem „aktiven Konsens der Regierten“, also einer freiwilligen Unterwerfung unter die Interessen der Herrschenden. Wenn wir ein Ende dieses Systems wollen müssen wir also zunächst innerhalb unserer Klasse den unversöhnlichen Widerspruch zwischen unseren Interessen und denen des Kapitals aufdecken und als Linke und ArbeiterInnen unser eigenes „kulturelles Projekt“, unsere eigenen Werte und Normen entwickeln und sie im Bündnis mit anderen Kräften zu den Führenden machen, denn Hegemonie steht niemals still. In der Zivilgesellschaft werden die politischen, kulturellen, sowie ideologischen Kämpfe um Hegemonie ausgetragen und umfassen alle sozialen Bereiche und gesellschaftlichen Vereinigungen. Also überall wo Menschen unserer Klasse anzutreffen sind, muss auch der Kampf gegen dieses System ausgefochten werden. Unser vehementes Beharren auf dem Klassenbegriff mag für viele postautonome sozialisierte Teile der Linken und andere Menschen ein wenig befremdlich klingen. Wir sehen aber den Kampf um unsere Klasse als den einzigen Weg an gegen dieses System unversöhnliche Mehrheiten zu organisieren. Dabei muss uns aber klar sein, dass dies immer Kämpfe um Köpfe und Herzen der Mehrheiten sind und es dennoch den revolutionären Umsturz bedarf. Wenn wir gesellschaftliche Mehrheiten erobern und zur



reellen Gefahr für ihr System werden, dann fällt auch die demokratische Fratze des Kapitals und sie wird mit offensichtlicherem Zwang ihre Führung panzern. Dies sind keine apokalyptischen Dystopien, der Faschismus ist eine Krisenbewältigungsstrategie des Kapitals und somit immer mitzudenken.

#### Gegenmacht konkret - Unsere Seite aufbauen

Gegenmacht ist nicht als revolutionärer Aufbauprozess einer rein kommunistischen Bewegung zu verstehen, sondern umfasst alle Kräfte, die irgendeinen Beitrag zum Projekt leisten können, die Hegemonie des Kapitals zu schwächen und mit vielen Grundpfeilern unserer Anschauungen übereinstimmen. Gegenmacht wird dort konkret, wo Strukturen, wie politische Zentren, Medien, sozialen Vereine etc. unabhängig und im Widerspruch zur den Herrschenden aufgebaut werden. Dabei ist unsere Aufgabe in diesen Kämpfen die Interessen unserer Klasse zu vertreten und das verbindende Element herauszustellen: den Widerspruch zum Kapitalismus. Dabei gilt es dies hervorzuheben und die revolutionäre Perspektive aufzuzeigen. Aktuell ist vor allem wichtig in unsere eigene Klasse zu wirken und in ihr die herrschende Hegemonie zu brechen.

#### Raus aus der Szene, rein in die Klasse!

In Kontakt mit unserer Klasse, dem Proletariat, treten wir jedoch nicht an der Universität und auch selten in besetzten Häusern und anderen klassischen Szeneinstitutionen. Die Linke muss ihre Befindlichkeiten ablegen und endlich wieder auf die Schmuttelkinder zugehen. Das ist sicherlich nicht immer angenehm. Niemand wird als KommunistIn, FeministIn und vorurteilsfrei geboren, das Erlangen dieser Überzeugungen und Eigenschaften ist ein Prozess. Selten trifft man auf Menschen deren Verhaltensweisen dem linken Konsens entsprechen und so müssen wir lernen mit Verhaltensweisen, die ansonsten in linken Kontexten geächtet sind, umzugehen. Dies bedeutet einerseits, dass wir uns von der Vorstellung die Linke könne sich durchgehend in „safe spaces“ bewegen verabschieden müssen, andererseits, dass wir uns Mühe geben müssen den Leuten auf verständliche und sympathische Weise unsere Inhalte näher zu bringen.

Momentan ist die Linke dazu kaum in der Lage, denn der im akademischen Rahmen entstandene Verhaltenskodex für linke Räume verschließt diese für Menschen, die nicht das Glück hatten links sozialisiert zu sein, dies führt uns zur keiner handlungs- und anschlussfähigen politischen Bewegung. Zwar ist es richtig z.B. sexistisches, homophobes und behindertenfeindliches Verhalten anzuprangern und zu kritisieren, in vielen linken Kontexten endet diese Kritik jedoch nicht bei der persönlichen Ansprache, sondern wird genutzt um ganze Personen oder Personengruppen zu diskreditieren. Aus vorangegangenen Erfahrungen wird schnell ein Muster gemacht, und so werden häufig gerade migrantische GenossInnen und proletarischen Jugendlichen von vornherein misstraut. Wer nicht akademisch geschliffen jede „Mikroaggression“ aus seinem Sprachgebrauch verbannt, kommt für viele als Gesprächspartner nicht mehr in Frage. Genau so lässt sich jedoch keine Gegenmacht, ja noch nicht mal ein Kleinstbündnis realisieren. Außerdem sind Linke häufig arrogant gegenüber

den Menschen, die sie eigentlich für ihre Projekt gewinnen wollen. Genau dies hat uns in den vergangenen 20 Jahren in die gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit geführt.

### **G20 nutzen um zusammenzukommen**

Das Fazit aus diesen Überlegungen kann nur lauten: die Linke muss nach außen hin offener und nach innen geschlossener auftreten. Wenn wir mehr Menschen anziehen und organisieren wollen, müssen wir uns auf gemeinsame Werte und Ziele besinnen und aufhören uns wegen Identitäts- und Ego-Problemen zu streiten, wir müssen aufhören

## **EIN LANGER WEG UND SCHWERES GEPÄCK**

### **ÜBERLEGUNGEN ZU REVOLUTIONÄRER ORGANISIERUNG**

#### **Revolutionäre Aktion Stuttgart**

Der Kapitalismus steckt tief in der Krise. Nicht so tief, dass die Mächtigen, die Groß-Aktionäre, Investoren, bürgerliche Politiker und Militärs, fürchten müssten von sozialistischen Revolutionen enteignet und entmachtet zu werden. Aber die Auswirkungen der Krise sind nicht mehr zu leugnen: Weil es immer schwieriger wird ausreichend Profite zu realisieren, verschärft sich der weltweite Konkurrenzkampf der Kapitalisten. In erster Linie wird er auf dem Rücken von ArbeiterInnen, Angestellten, Erwerbslosen und RentnerInnen ausgetragen und äußert sich in massiven Angriffen auf das Arbeits- und Streikrecht, auf das Lohnniveau, in Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen, sowie in Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich. Und das insbesondere auch in den reichen imperialistischen Ländern. Das letzte Jahr in Frankreich per Dekret gegen den Widerstand Hunderttausender durchgedrückte „Loi travail“ ist nur das jüngste Beispiel. Die Krise äußert sich aber ebenfalls im verschärften Kampf um die (Neu-)Aufteilung von Einflussgebieten und Rohstoffquellen, z.B. im Nahen Osten, samt erbittert geführten Stellvertreterkriegen und in der gefährlichen Zunahme der (militärischen) Spannungen zwischen den großen Machtblöcken im imperialistischen Gefüge. Die aus diesen Konflikten, Umweltzerstörung und Armut resultierenden großen Fluchtbewegungen unserer Zeit, als auch der Aufschwung rechter bis offen faschistischer Massenbewegungen, können auch nur im Kontext der Krise des Kapitalismus verstanden werden.

Dieser Entwicklung steht die Linke nicht völlig machtlos gegenüber. In den letzten Jahren gab es in der BRD eine Vielzahl größerer und kleinerer Mobilisierungen gegen den Rechtsruck, mit den Protesten gegen die EZB-Eröffnung in Frankfurt, wurde ein deutliches Zeichen gegen das europäische Krisenregime gesetzt und auch der Widerstand gegen den G20 in Hamburg verspricht, den Herrschenden ganz öffentlich in die Suppe zu spucken. Es ist offensichtlich, dass solche meist symbolischen Proteste bei weitem nicht ausreichen, geschweige denn, dass ersichtlich wäre, wie sich aus ihnen eine Perspektive für die Überwindung des Grund Übels, der kapitalistischen Produktionsweise, entwickeln würde. Wir gehen davon aus, dass es hierfür eine organisierte revolutionäre Kraft braucht, die in der Lage ist Erfahrungen aufzunehmen und zu verarbeiten, Widerstand in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen zu entwickeln, die über die Hö-

jeden kleinen Widerspruch als Feindschaft zu verstehen und wir müssen beginnen eine gemeinsame Politik zu entwickeln ohne dabei in einen sozialdemokratischen Opportunismus zu verfallen.

Startpunkt dieser Politik kann der G20 Gipfel in Hamburg werden. Wenn wir dort gemeinsam und in solidarischer Atmosphäre verschiedene Proteste und Protestformen auf die Straße tragen, können wir dort ein wesentliches Symbol gegen das kapitalistische System setzen. Der Mobilisierungseffekt, der dem G20 Gipfel zweifellos innewohnt, hat das Potential viele Menschen zu politisieren und damit ein erneutes Erstarken der revolutionären Linken zu ermöglichen.

hen und Tiefen der Bewegung hinaus Kontinuität und Orientierung bieten kann, die ihre Handlungen aus einer Analyse des Gegners, der unterschiedlichen Teile der Klassen, der linken Bewegungen, sowie der eigenen Möglichkeiten ableitet und die auch in der Lage ist, sich möglichst dauerhaft gegen Repression abzusichern. Nur so können langsam Bedingungen entstehen, unter denen die Kraft von spontanen Aufständen nicht verpufft, sondern die revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse gelingen kann.

Auch wenn es angenehm wäre: eine solche Organisation kann nicht einfach ausgerufen werden und wir denken, dass in der BRD momentan auch keine Struktur besteht, der wir uns einfach anschließen könnten. Im folgenden versuchen wir daher in aller Kürze zu umreißen, auf welchen Grundlagen eine revolutionäre Organisation entstehen kann und welche Prinzipien in ihr zum tragen kommen sollten. Dabei verstehen wir den fragmentarischen Charakter dieses Textes auch als Einladung zur gemeinsamen Debatte...

### **Keine Klasse ist auch keine Lösung!**

Manchen scheint der Begriff des „revolutionären Subjekts“ altbacken oder überholt. Das entbindet aber nicht von der Aufgabe zu klären, welche gesellschaftliche Kraft (potenziell) in der Lage ist den Kapitalismus zu überwinden und wer daran überhaupt ein Interesse hat. Dabei geht es weniger um ein unmittelbares subjektives Interesse, denn dann wäre die Frage schnell beantwortet: Eindeutig zu wenige Menschen wollen in Deutschland den Sturz des Systems und den Aufbau einer sozialistischen oder klassenlosen Gesellschaft. Im Gegenteil: Egoismus und Ellenbogenmentalität dominieren in allen gesellschaftlichen Klassen, natürlich auch im Proletariat.

Dennoch ist es die Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter, die – objektiv – im Kapitalismus nicht viel zu gewinnen hat. Denn trotz aller Veränderungen in der Klassenzusammensetzung und der enormen Entwicklung des Kapitalismus, hat sich seit Marx' Zeiten nichts relevantes daran geändert, dass es diese Klasse ist, die den gesellschaftlichen Reichtum schafft, aber sowohl zusehen muss wie der von einer Minderheit privat angeeignet wird, als auch von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und weitestgehend von der politischen Macht ausgeschlossen ist. Sie hat die unmittelbare Möglichkeit, die reibungslose Kapitalverwertung zu blockieren. Durch eigene tägliche Erfahrung ist sie direkter in der Lage ihren Interessensgegensatz zum Kapital zu erkennen, als z.B. eher kleinbürgerliche Klassen (diese Erkenntnis zu verhindern, ist der tiefere Sinn von Sozialpartnerschaft, sozialer Marktwirtschaft, Standortlogik, und Aufgabe von sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären und ihren Parteien). Auch einige wesentliche Methoden für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, nämlich Kollektivität und Solidarität, ergeben sich relativ direkt aus den kapitalistischen Produktionsbedingungen. Denn diese funktioniert nur arbeitsteilig und solidarisches Handeln ist unbedingt notwendig um hier soziale Verbesserungen herbeizuführen.

Das alles trifft auf andere Klassen, die zum Teil durchaus auch im Widerspruch zum Kapitalismus stehen, höchstens teilweise zu.

In den letzten Jahrzehnten haben sich aber große Teile gerade der kämpferischen linken Strömungen in Deutschland von der Klasse als revolutionäres Subjekt abgewendet. Ausgeprägte Formen der Sozialpartnerschaft und das oftmals starre und schematische Verständnis des revolutionären Klassenkampfes von KommunistInnen in den 70er und 80er Jahren, haben für Abschreckung und Skepsis in der antikapitalistischen Linken gesorgt. Anstelle des Klassenbewusstseins als Voraussetzung für grundlegende Veränderungen, traten die Befreiungskämpfe in der imperialistischen Peripherie, oder besonders radikale Subkulturen und ihre zumeist großstädtischen Nischen in den Vordergrund. Seit einiger Zeit gewinnen vor allem Vorstellungen an Bedeutung, die von pluralistischen Bewegungen und Netzwerken ausgehen, die aus unterschiedlichen Widerspruchserfahrungen im Krisen-Kapitalismus einen Gegenpol zur herrschenden Ordnung bilden sollen. All diesen Ansätzen ist gemein, dass sie zwar meist wichtige Elemente des revolutionären Kampfes wie Militanz, Internationalismus oder Bewegungsorientierung beinhalten, aber nicht in der Lage sind, daraus Strategien für eine Umwälzung der Gesellschaft zu entwickeln. Gerade jetzt, da die Krisensymptome des Kapitalismus den Alltag von Millionen Lohnabhängigen durch prekäre Arbeitsverhältnisse, Sozialabbau etwa im Rentenwesen und staatliche Sanktionierungspolitik gegen Arbeitslose wieder unmittelbar beeinträchtigen, wird deutlich, dass ein Widerstand mit Perspektive nicht umhin kommt, die gemeinsamen (Klassen-)Interessen der Betroffenen in den Vordergrund zu stellen.

Der Bezug auf die Klasse der Lohnabhängigen im Kontext revolutionärer Organisation geht über die Einmischung in unmittelbaren soziale und ökonomische Kämpfe hinaus. Er bedeutet vielmehr, dass wir es als unsere Aufgabe sehen, Klassenbewusstsein zu fördern, uns in unserer Klasse zu verankern und dort revolutionäre Positionen zu vertreten. Es heißt auch, nicht nur in Lohnkämpfen, sondern in allen politischen Auseinandersetzungen einen Klassenstandpunkt zu vertreten, d.h. die Interessen unserer Klasse zum Ausgangspunkt zu machen. Denn auch zu Rassismus, Sexismus oder Umweltzerstörung gibt es ein Klasseninteresse – in den ersten beiden Fällen das der Bourgeoisie an der Spaltung, im letzteren an ihrem Profit.

## **Entweder gewinnen oder auf ganzer Linie scheitern**

Wir befinden uns in einer Situation, in der die Notwendigkeit weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen in der Lebensrealität großer Bevölkerungsteile angekommen ist. Nur befinden wir uns leider auch in einer Situation, in der wir kaum dazu in der Lage sind, dieses Bewusstsein wirklich aufzufangen und revolutionär zu wenden. Wir sind aber nicht die Einzigen mit schwerem Stand in der Mehrheit der Bevölkerung. Der klassische sozialdemokratische Reformismus steckt in einer regelrechten Legitimationskrise. Die traurigen Tiefpunkte linker Regierungsbeteiligung in Berlin und Thüringen - Wasserprivatisierung und Wohnraumvernichtung, aber auch die Anbiederungsversuche nach Rechts aus dem Mund einer Sarah Wagenknecht, sind symptomatisch für die Profil- und Perspektivlosigkeit einer reformistischen Opposition. Das aber nur auf den „Verrat“ einzelner sozialdemokratischer ProtagonistInnen oder ihrer Organisationen zurückzuführen, ist weit zu kurz gegriffen und führt oft zu sektiererischem Abgrenzungsgehebe: Der verschärfte Konkurrenzdruck in der Krise, entzieht dem Kapital tatsächlich weitgehend die Möglichkeit noch größere Zugeständnisse an die Lohnabhängigen zu machen. Dem Reformismus wird so ein Stück weit seine ökonomische Basis entzogen.

Und so ist es kein Wunder, dass selbst die stärksten Organisationen, die den Angriffen auf Lohnabhängige tatsächlich entgegenstehen könnten, die Gewerkschaften, heute kaum noch in der Lage sind, dem Kapital tatsächlich etwas abzurufen. Was nicht heißt, dass kämpferische Streiks, nicht auch heute möglich sind und – in gewissen Grenzen – erfolgreich sein können, wie zuletzt etwa der Streik im Sozial- und Erziehungsdienst oder bei der Charité in Berlin bewiesen haben.

Revolutionäre Arbeit muss in der Lage sein, dieses Dilemma zu nutzen, um fortschrittliche Teile aus dem reformistischen Lager und auch diejenigen, die es ganz einfach satt haben, in diesen Verhältnissen zu leben, anzusprechen. Dazu reicht es nicht aus, nur im Kampf gegen Rechts, in der internationalistischen Solidaritätsarbeit, oder im Stadtteilladen präsent zu sein. Wir können noch so gute und tiefgehende Arbeit in einzelnen Kampffeldern machen - letztlich hat sie ihre Grenzen dort, wo die Frage nach dem Weg und den nächsten Schritten hin zu einer sozialistischen Gesellschaft aufkommt. Ein revolutionärer Anspruch muss einher gehen mit dem Versuch, Teil von verschiedenen bestehenden Kämpfen zu werden, die verbindenden Elemente hervorzuheben und eine gemeinsame Perspektive des Klassenkampfes und des Umsturzes zu vermitteln. Revolutionäre Organisationen sind Schaltstellen und Labore, in denen aktuelle Erfahrungen gesellschaftlicher Widersprüche und Kämpfe, historisches Wissen und Methoden für ein konstruktives und aufbauendes Zusammenwirken zusammenkommen. Es reicht nicht aus, einen kommunistischen Anspruch gut sichtbar vor sich herzutragen. Kommunistische Politik heißt vielmehr, den Klassenkampf in möglichst vielen Formen und vielseitigen Kampfmethoden zu erproben, zu entwickeln und langfristig eben auch anzuleiten.

Erfolge, Niederlagen, sowie unterschiedliche Methoden die wir uns in den verschiedenen Kämpfen kollektiv aneignen – auch in Kämpfen um einzelne Reformen, wenn sie mit einer revolutionären Perspektive verbinden – , vergrößern dabei unseren Erfahrungsschatz. Wenn diese Erfahrungen wiederum in unsere Praxis einfließen, kommen wir in kleinen Schritten dahin, mit unseren Möglichkeiten an den richtigen Punkten anzusetzen und die Kämpfe weiterzuentwickeln. Das ist die Dialektik zwischen Theorie und Praxis und Voraussetzung dafür, den revolutionären, kommunistischen Anspruch nicht nur als Label vor sich herzutragen, sondern langsam in der Klasse zu verankern.

Noch sind wir weit davon entfernt, wirklich Einfluss und Deutungsmacht zu erlangen - und wir tun auch gut daran, bescheiden zu bleiben und uns nicht selbst zu überschätzen - aber wenn wir unser Anliegen wirklich ernst nehmen, führt kein Weg daran, uns heute schon gezielt überall dort zu versuchen und einzumischen, wo der Kampf gegen das System seinen Ausgang nehmen kann. Das kann und soll sich sowohl in der gezielten Konfrontation von Nazischweinen, als auch im Solikreis für die nächste Tarifrunde im TVöD niederschlagen. Nur wenn wir uns der Verantwortung stellen, gesamtgesellschaftlich zu kämpfen, werden wir perspektivisch wirkliche Alternativen in Aussicht stellen können.

## **Den Gegner ernst nehmen, den Kopf aus dem Sand ziehen!**

Wenn wir unsere eigenen Analysen zur inneren und äußeren Aufrüstung, zum immer repressiver und autoritärer werdenden bürgerlichen Staat ernst nehmen und gleichzeitig den Anspruch dieses System nicht zu verbessern, sondern zu stürzen, nicht aufgeben wollen, so muss das nicht nur Konsequenzen für unsere Propaganda haben, sondern vor allem auch für die Art wie wir uns organisieren. Denn es ist offensichtlich, dass diejenigen, die von der Ausbeutung profitieren, ihre Privilegien nicht freiwillig aus der Hand geben werden. Sie werden nicht tatenlos abwarten, bis demokratisch zustande gekommene Mehrheiten sie der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, über politische und militärische Macht berauben. Sondern sie werden in noch größerem und umfassenden Ausmaß das tun, was sie im kleinen jetzt schon machen: die revolutionäre Linke mit Verfahren überziehen, unsere Strukturen zerschlagen, AktivistInnen einknasten und – wie der Blick in die Geschichte oder in andere Länder, beispielsweise die Türkei zeigt – auch vor dem Leben ihrer GegnerInnen nicht halt machen. Die Herrschenden waren, wenn sie ihre Macht bedroht sahen, letztlich noch zu jeder Gewalttat, zu jedem Massaker bereit.

Es gibt in der deutschen Linken zwei Haupttendenzen mit diesem Pro-



blem umzugehen: die erste sieht zwar einzelne Repressionsfälle und Gesetzesverschärfungen, weigert sich aber irgendwelche Konsequenzen daraus abzuleiten – „so schlimm wird's schon nicht kommen!“. Die zweite sieht einen unablässig repressiver werdenden, monolithischen Überwachungsstaat, dessen Fähigkeiten tendenziell als total angesehen werden. Maßnahmen die eigenen Strukturen zu schützen, sind in so einer Sicht zwecklos, da der Gegner als übermächtig begriffen wird.

Der dritte Weg, die Repressionsorgane und ihr Handeln zu analysieren, eine verschärfte Situation mitzudenken und nach Möglichkeiten zu suchen, die eigenen Strukturen so gut es geht zu schützen und dennoch handlungsfähig zu bleiben, ist momentan leider wenig verbreitet. Ob wir hier richtig und vorausschauend handeln, das richtige Maß zwischen Abschottung und Isolation auf der einen und völliger Offenlegung der Strukturen auf der anderen Seite finden, wird letztlich aber entscheidend dafür sein, ob wir es schaffen, einen revolutionären Anspruch durchzusetzen. Denn eine Organisation kann antikapitalistisch und internationalistisch sein, sie kann über einen Klassenstandpunkt verfügen und gute Arbeit gegen Patriarchat und Faschisten machen – wenn sie nicht in der Lage ist, sich dem Zugriff des Gegners zu entziehen, muss sie früher oder später scheitern.

### **Revolutionärer Aufbau – Wie? Was? Wer?**

Eine bundesweite politische Struktur die auf diesen Grundlagen fußt und in der Lage ist Gegenmacht zu bilden, kann nur in der gemeinsamen Praxis entstehen und existieren. Keine noch so ausgeklügelten Programmdebatten oder interessant besetzte Kongresse können uns diesen Weg ersparen. Der Aufbau einer solchen kommunistischen Organisation ist zwar wichtig, aber noch lange nicht alles. Damit tatsächlich so etwas wie Gegenmacht zur Macht der Herrschenden, mit ihren ökonomischen Möglichkeiten, ihrem Repressionsapparat, ihren Medien, der Konsumkultur, sowie den zahlreichen, häufig unbewusst wahrgenommenen kapitalistischen Zwängen (u.a. dem Reflex eher nach unten zu treten als nach oben), entstehen kann braucht es mehr: es braucht eine breite Palette an Kämpfen um Klassenbewusstsein und revolutionäres Bewusstsein, Kämpfe um die ideologische Deutungshoheit, Strukturen die sich auf bestimmte Teilbereiche spezialisieren – z.B. Antifa, Antimilitarisierung oder Selbstschutz gewährleisten –,

Auf- und Ausbau linker Medien, sowie eine eigenständige proletarische Kultur.

Diesen vielschichtigen Prozess, in dem sich Revolutionäre und revolutionäre Positionen langsam in unserer Klasse verankern und einen organisierten Ausdruck bekommen und so etwas wie eine revolutionäre Bewegung auf vielen Ebenen entsteht, verstehen wir als „Revolutionären Aufbauprozess“.

Das alles steht und fällt aber mit dem Vorhandensein und der „richtigen“ Linie einer kommunistischen Organisation: nur hier können Erfahrungen aus verschiedenen Kämpfen kollektiviert, verallgemeinert und wenn möglich Handlungsprinzipien aus ihnen abgeleitet werden. Nur sie kann Kontinuität gewährleisten und politische Orientierung liefern und wenn nötig bewusst Entwicklungen anstoßen, intervenieren et cetera.

Wie erwähnt, gehen wir davon aus, dass in der BRD eine solche Struktur leider nicht existiert. Wir denken dass es wichtig ist festzustellen, dass weder eine einzelne bestehende Gruppe, noch die Gesamtheit aller revolutionären Gruppen hierzulande, diesen Ansprüchen gerecht wird. Weder eine, noch alle Gruppen zusammen sind halbwegs ausreichend in der ArbeiterInnenklasse verankert, keine ist in der Lage proletarischen Kämpfen Orientierung zu bieten, geschweige denn Kämpfe auszulösen, keine revolutionäre Gruppe ist in der Öffentlichkeit genügend wahrnehmbar, bietet eine gewisse Anschlussfähigkeit und verfügt gleichzeitig über ausreichende verdeckte – oder „illegale“ – Strukturen, ist also in der Lage sich selbst entsprechend vor dem Zugriff des Staates zu schützen.

Dass sich dies aber in absehbarer Zeit ändert und wir uns einfach nur der „richtigen“ Struktur anzuschließen bräuchten, halten wir schlicht für unrealistisch.

Das bedeutet aber auch, dass alle die ähnliche Ansprüche haben, in der Verantwortung sind, mit ihren Erfahrungen zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären, kommunistischen Organisation beizutragen. Wir selbst sehen uns und auch Perspektive Kommunismus als überregionale Plattform, ebenfalls nur als einen von mehreren Kernen hierfür. Es ist klar, dass dieser Weg lange ist und nicht widerspruchsfrei verlaufen wird. Aber er ist notwendig, wenn „Revolution“ und „Kommunismus“ nicht bloß schöne, träumerisch-sehnsuchtsvoll dahingesagte Phrasen bleiben sollen!

wissbegierig. Wir müssen schon Gelerntes aufbrechen, es erneuern oder gleich ganz kaputt machen.

Eine der wichtigsten Sachen, die wir neu lernen, betrifft dabei unser Verhältnis als Revolutionär\*innen zu jenen Menschen, die man Volk, gel, nennt, oder für deutsche Verhältnisse vielleicht leichter zu akzeptieren: civak, Gesellschaft. Dieses ist oft nicht einfach. Denn man trifft, wenn man sich traut, aus den eigenen vier Wänden hinauszuweisen, auf Hürden. Man muss mit Widersprüchen umgehen lernen, sie aushalten können. „Wisst ihr“, erzählt eine Internationalistin, die schon seit langem hier in Rojava arbeitet, „du kannst hier auf Männer treffen, die haben im Kampf um die Revolution alles gegeben. Dann bist du eines Tages bei ihnen zu Hause eingeladen und du bemerkst, sie haben drei Frauen. Was machst du dann?“ Die schlechteste Variante wäre der Kontaktabbruch. Die beste sei die Diskussion, das Aufklären, das Schaffen von Bewusstsein. Und zwar mit langem Atem. „Was die Revolution hier erreicht hat, ist die Sichtbarkeit dieser Widersprüche und dass wir an ihnen arbeiten können, dass sie überhaupt diskutiert werden können“, meint die Genossin und erzählt eine Geschichte über Kemal Pir, einen der ersten Weggefährten Abdullah Öcalans beim Aufbau der kurdischen Befreiungsbewegung.

Dieser habe eines Tages einen jungen Mann rekrutieren wollen, der

## **GEBT KEINEN EURESGLEICHEN AUF**

**WIE MAN MENSCHEN RICHTIG AN  
DEN HAAREN ZIEHT UND WOFÜR  
DAS GUT IST.**

Lower Class Magazine

**Einige Journalisten des Lower Class Magazines sind gerade in Rojava und berichten in Form ihrer „Rojava Tagebücher“ von ihren Erfahrungen. Tagebuch XI:**

Wir, die wir neu in Rojava angekommen sind, sind wie Kinder. Wir müssen alles neu lernen. Mühsam bilden wir unsere ersten Sätze auf Kurdisch, fangen an, unsere Umgebung zu erforschen. Ev çi ye? Ev çi ye? Çima? Was ist das? Was ist das? Warum ist das so? Anders als Kinder aber können wir nicht bei Null anfangen, unschuldig und



allerdings nicht so richtig Lust hatte, aktiv zu werden. „Kemal Pir verfolgte ihn nachhause. ‚Lass uns reden‘, sagte er. Aber der andere wollte nicht. Doch Kemal Pir gab nicht auf. Er schlief die Nacht vor der Tür des Freundes, den er überzeugen wollte. Der war so verdutzt, dass ihm jemand so viel Aufmerksamkeit beimaß, dass er Heval Kemal ein Ohr lieh. Sie diskutierten und diskutierten. Und der Freund trat bei.“ Daraus könne man lernen: „Wenn es eine Stunde dauert, jemanden zu überzeugen, gut. Wenn es ein Jahr dauert, oder zehn Jahre, müssen wir diese Zeit aufbringen.“

Abdullah Öcalan soll einmal gesagt haben: Wenn du einen Menschen siehst, der bis zum Schopf im Schlamm der kapitalistischen Moderne steckt, und nur ein einziges Haar herausragt, dann ist es deine Pflicht, ihn daran zu packen und zu versuchen, ihn herauszuziehen. Diese Maxime ist so richtig wie schön. Denn sie ist getragen von einer tiefen Zuneigung gegenüber jenen, die im Kapitalismus nichts zu gewinnen haben. In Deutschland hat sie einmal der Traditionsgesangsverein der DDR, Oktoberklub, ebenso eindrucksvoll formuliert: „Der Arbeiter, der die Maschine geölt hat / die ihm nicht gehört, mag euch verraten / viermal. Dann vertraue ihm das fünfte Mal! / Setz nichts aufs Spiel, aber setz ihn in die Rechnung ein: Gebt keinen euresgleichen auf.“ Klar, auch die PKK setzt nichts aufs Spiel. Wo Selbstschutz notwendig ist, ist Selbstschutz notwendig. Aber wo auch immer eine Möglichkeit besteht, macht sie sich daran, an den Haaren zu rupfen, die aus dem Schlamm ragen.

Zu jenen Institutionen, die sich auf dem Feld des Haarerupfens einen Namen gemacht haben, gehören die sogenannten Mala Jin, ungenau übersetzt „Frauenhäuser“. Eigentlich sind es Rätestrukturen für alle Angelegenheiten, die Frauen betreffen, allein im Kanton Cizire gibt es 19 an der Zahl. „Eigentlich existiert unsere Institution seit 2011. Wir nutzten das Momentum der Revolution, um die Mala Jin aufzubauen. Aber wir haben auch in den Jahrzehnten davor gesellschaftliche Arbeit gemacht“, erinnert sich die Leiterin eines Frauenhauses in Qamislo.

Eine solche Verankerung aufzubauen, das bedeutet, von Haus zu Haus zu gehen. Mit jeder Frau, jeder Familie zu sprechen. Die erste Aufgabe sei gewesen, in Erfahrung zu bringen, was die Menschen umtreibt und dann Lösungsansätze zu entwickeln. Das war ein langwieriger Prozess. Doch er hat sich gelohnt. Heute sind die Mala jin anerkannte Institutionen in Rojava.

„Wenn es Probleme in der Familie gibt, oder solche in den Beziehungen zwischen Mann und Frau, dann kann man uns aufsuchen“, sagt die Genossin. Scheidungen, häusliche Gewalt, Zwangs- und Kinderehen, Nachbarschaftsstreitigkeiten, Familienfehden fallen ebenso in den Aufgabenbereich des mala jin wie Bildung und Pressearbeit.

„Unsere Herangehensweise ist dabei nicht, ein Urteil zu fällen und den Fall zu den Akten zu legen. Das Wichtigste für uns ist es, eine Beziehung aufzubauen. Sagen wir, es gibt einen Konflikt zwischen einem Mann und einer Frau, dann schicken wir für beide jeweils eine Person, einen Mann und eine Frau. Deren Aufgabe ist, den Konfliktparteien zuzuhören, das Problem zu verstehen und eine Beziehung zu den beiden aufzubauen. Wenn es möglich ist, soll dann auf dieser Grundlage eine Lösung gefunden werden.“

Es handelt sich um ein weit verzweigtes System der Konfliktbewältigung, das die kurdische Bewegung in Rojava mit den mala jin und den mala gel (Volkshäuser) aufgebaut hat. Dabei kommt weniger formales Recht zur Anwendung als Streitschlichtungsmechanismen, die auf Bildung und Aufklärung setzen. „Aber sicher, wenn es gar nicht anders geht, haben wir auch die Möglichkeit, den Fall an das Gericht und damit in das Justizsystems Rojavas weiterzugeben.“

Institutionen, deren alltägliches Geschäft die Politisierung, Veränderung und Selbstermächtigung der Gesellschaft sind, gibt es in Rojava auf jedem Feld des gesellschaftlichen Lebens. Im Bereich des Ökonomischen mit dem Aufbau von Kooperativen, im Bereich der Selbstverteidigung mit der Schaffung von Milizen wie der HPC, in der Jugendorganisation, im Umweltschutz und im Sektor Kunst und Kultur. Und überall ist die Maxime, die Menschen zunächst so zu nehmen, wie sie sind, und mit ihnen gemeinsam an ihrer Veränderung zu arbeiten.

Auch hierfür hat die PKK den ideologischen Grundstein gelegt. Auf dem 3. Parteikongress 1986 hielt sie fest: „Das, was wir heute hier analysieren, ist nicht der jetzige Moment, sondern die Geschichte. Und wir analysieren nicht den einzelnen Menschen, sondern die Klasse, die Gesellschaft.“ Wenn wir also auf die Missstände in unserer eigenen Gesellschaft achten, hilft es uns nicht, alle Menschen, denen wir problematische Bewusstseinsformen attestieren, als unmoralisch und irgendwie böse zu markieren, um von da an den Kontakt mit ihnen zu meiden. Die PKK, so hielt die Organisation schon Ende der 1980er fest, sei der „Kampf um den Beweis“, dass der Mensch, der durch „die Systeme so tief fallen gelassen wurde, auch wieder aufstehen kann.“

Die Fallengelassenen, das sind wir nicht weniger als alle anderen. Auch unsere eigenen Haare und die unserer Genoss\*innen müssen wir packen und daran ziehen, bis Augen, ein Mund, ein Herz und Arme Stück für Stück vom Schlamm freigelegt werden. Die Erfahrungen der PKK und der Revolution in Rojava bei der Schaffung einer „militanten Persönlichkeit“ sind für diese Art von archäologischen Ausgrabungen sicher nicht unnütz.



# WIR SEHEN UNS IN --- HAMBURG

[www.fight-g20.org](http://www.fight-g20.org)

Vi.s.d.P.:

Walther Bohne  
Messeplatz 1  
20357 Hamburg

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Magazin bleibt solange Eigentum der\* Absenderin\* bis er dem\*r Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Magazins nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an den\*die Absender\*in zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.



